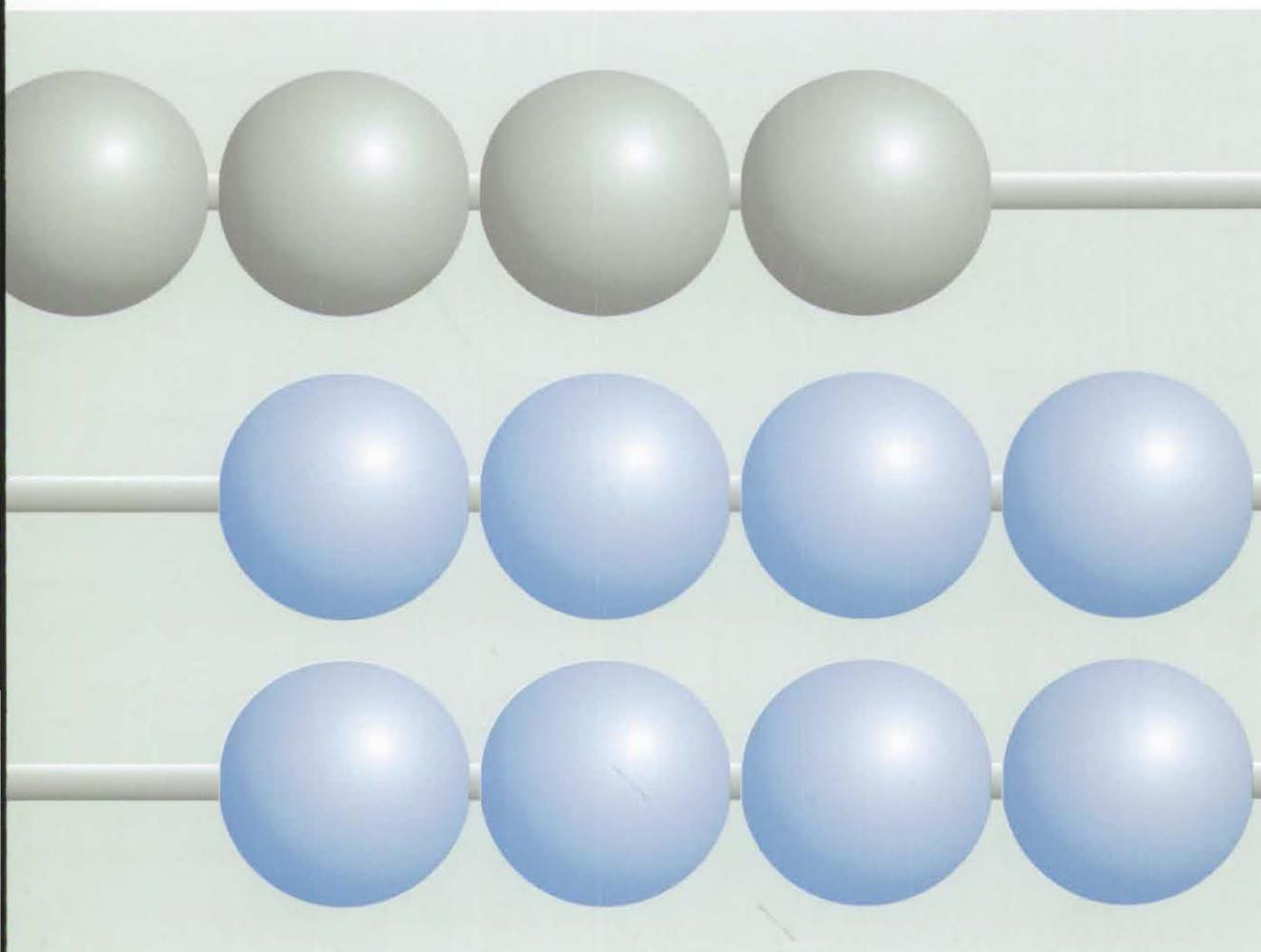


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

43. Jahrgang, Heft 8
August 1991

Überwiegender Lebensunterhalt
Klärschlamm
Studenten

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15-17
Postfach 1141
2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286
Vertrieb:
App. 280

Druck:
Hugo Hamann, Kiel

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

43. Jahrgang

Heft 8

August 1991

INHALT

Kurz gefaßt

166

Aufsätze

Bevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt 1987 167

Klärschlamm 1987 177

Grafik

Studentinnen und Studenten in Schleswig-Holstein 174

Entwicklung im Bild

181

Aus unserem Archiv

183

Beilage

Zahlenbeilage

1990 Beschäftigungswachstum

Ende September 1990 waren in Schleswig-Holstein 802 000 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, so viel wie noch nie seit Bestehen dieser vierteljährlichen Statistik, also seit 1974. Gegenüber dem September 1989 ist das ein beachtliches Plus von 4,4 % oder 34 000 Arbeitsplätzen.

Dieses Plus war bei den Frauen mit 5,0 % etwas stärker ausgeprägt als bei den Männern (4,0 %). Das liegt im Trend: In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen — relativ gesehen — achtmal so stark zugenommen wie die der Männer. Im September 1990 besetzten die Frauen 44 % dieser Arbeitsplätze.

Die positive Entwicklung der Beschäftigung ist von fast allen Wirtschaftsbereichen getragen worden. Im Vergleich mit 1988 gab es nur in der Land- und Forstwirtschaft, in der Energiewirtschaft und beim Staat einen Abbau von sozialversicherungspflichtig beschäftigtem Personal.

Rapsfläche erneut ausgeweitet

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung hat sich die Ackerfläche um knapp 1 % auf 576 000 ha vermindert. Davon entfallen 299 000 ha auf Getreide, 126 000 ha auf Ölfrüchte, 25 000 ha auf Hackfrüchte, 7 000 ha auf Gemüse und 92 000 ha auf Ackerfutterpflanzen.

Damit ist die Getreidefläche um 13 000 ha kleiner als 1990. 90 % des Getreides ist Wintergetreide, das damit die Hälfte der Ackerfläche einnimmt. Gut 200 000 ha sind Brotgetreide, dagegen 95 000 ha Futtergetreide.

Auf 126 000 ha werden Ölfrüchte angebaut, auf 125 000 ha davon Winterraps. Dessen Anbau hat sich damit gegenüber 1990 um 8 % ausgeweitet und umfaßt 22 % der Ackerfläche. Die Kartoffelfelder beanspruchen 4 200 ha.

Die Brachfläche, für die eine Stilllegungsprämie gezahlt wird, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um gut 3 000 auf knapp 25 000 ha.

Hochschulprüfungen im Studienjahr 1990

Im Studienjahr 1990 (Wintersemester 1989/90 und Sommersemester 1990) nahmen 4 472 Studentinnen und Studenten an einer Abschlußprüfung teil, 6 % mehr als im vorangegangenen Studienjahr. Die Erfolgsquote betrug unverändert 96 %.

Von den 4 280 erfolgreichen Kandidaten bestanden 1 395 die Abschlußprüfung an einer Fachhochschule — ohne Verwaltungsfachhochschule —, 869 eine Diplomprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule und 684 ein Staatsexamen (ohne Lehramtsprüfung). 484 Doktoranden promovierten. Die staatliche Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst (Verwaltungsfachhochschule und Rechtspflegeprüfung) absolvierten 309 Beamtinnen und Beamte. 308 Prüflinge legten eine Lehramtsprüfung ab, darunter allein 114 eine für das Lehramt an Gymnasien. Ferner absolvierten 122 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Magisterprüfung, 61 eine Musikprüfung und 48 eine kirchliche Abschlußprüfung.

Der Anteil der Frauen an den erfolgreichen Prüflingen betrug 37 %. Der höchste Frauenanteil war mit 70 % wie im Vorjahr bei den Magisterprüfungen zu verzeichnen; am niedrigsten war der Anteil bei den Abschlußprüfungen an Fachhochschulen (23 %).

Bevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt 1987

Zur Volkszählung am 25. Mai 1987 wurde die Bevölkerung auch nach ihrem überwiegenden Lebensunterhalt befragt. Die Ergebnisse sind zur Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Menschen in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht und Familienstand unentbehrlich. Diese Angaben sind insbesondere im Zusammenhang mit der Erwerbsbeteiligung der Frauen von Bedeutung: Wenn Frauen durch Erwerbstätigkeit zum Lebensunterhalt der Familie beitragen, hat das nicht nur Auswirkungen auf die familiäre Situation, sondern auch auf den Arbeitsmarkt und auf die Gesellschaft.

Bei der Volkszählung 1987 sollte jeder Befragte nur eine von sechs Antwortkategorien ankreuzen, nämlich die Unterhaltsquelle, aus der der Lebensunterhalt überwiegend bestritten wird:

- B** Leben Sie überwiegend von
- * Erwerbs-, Berufstätigkeit · · —
 - Arbeitslosengeld, -hilfe · · —
 - Rente, Pension · · —
 - eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil · · —
 - Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw. · · —
 - sonstigen Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG) · · —

Vor der Darstellung der Ergebnisse soll noch auf einige definitorische Besonderheiten hingewiesen werden. Es ist durchaus möglich, daß ein Erwerbstätiger seinen überwiegenden Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit bezieht: Z.B. die Ehefrau, die als mithelfende Familienangehörige überwiegend vom Ehemann unterhalten wird, oder der Auszubildende, der überwiegend von seinen Eltern ernährt wird. Deshalb ist diese Zahl der Erwerbs-, Berufstätigen nach überwiegendem Lebensunterhalt nicht mit der üblichen Erwerbstätigenzahl zu verwechseln.

Das Arbeitsamt zahlt an Erwerbslose, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, eine Unterstützung für eine gesetzlich festgelegte Zeit, die sich nach der Länge der vorherigen Arbeitsdauer richtet. Nach Ablauf dieser Zeit wird Arbeitslosenhilfe gezahlt. Im Krankheitsfalle wird bei den Arbeitslosen statt dessen Krankengeld bezahlt. Auch wenn dies den überwiegenden Teil ausmachen sollte, ist die Kategorie „Arbeitslosengeld, -hilfe“ zu markieren gewesen.

Zur Rente gehören Zahlungen aus der sozialen Rentenversicherung, der Kriegsopferversorgung und der

Unfallversicherung. Ebenso rechnen die Auslandsrenten, die Altershilfe für Landwirte, die Altersversorgung der freien Berufe sowie die Vorruhestandsbezüge zur Rente. Als Pension gelten nur Zahlungen aus öffentlichen Kassen als Ruhegeld an ehemalige Beamte, Richter, Geistliche und Personen, die unter Art. 131 des Grundgesetzes fallen, bzw. Hinterbliebenenpension an die Hinterbliebenen dieses Personenkreises. Bei dieser Kategorie ist auch die betriebliche Altersversorgung eingeschlossen. Dagegen zählen die Leibrente, das Leib- oder Ausgedinge als Altenteil, also zur Kategorie „Eigenes Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil“.

Zu den „sonstigen Unterstützungen“ gehören die Sozialhilfe und Zahlungen der öffentlichen Hand an Studenten bzw. Schüler (Stipendium, BAföG) sowie an Ehefrauen von Grundwehrdienstleistenden. Ferner zählen zu dieser Gruppe private Unterstützungen von nicht verwandten Personen, Unterhaltsleistungen an geschiedene Ehepartner, Alimente für uneheliche Kinder und Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Im Gegensatz zu den anderen Unterhaltsformen stellen die Zuwendungen von Eltern, Ehegatten usw. kein eigenes Einkommen dar.

Erwerbstätigkeit bedeutendster überwiegender Lebensunterhalt

Am 25. Mai 1987 lebten 2,554 Mill. Menschen in Schleswig-Holstein. Knapp über eine Million Personen oder 40 % gaben an, ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit zu bestreiten. Dieses Ergebnis war zu erwarten, da in Schleswig-Holstein 44 % der Bevölkerung zu den Erwerbstätigen rechneten.

878 000 Personen oder 34 % lebten überwiegend von Zuwendungen oder Unterhalt durch Eltern, Ehegatten, usw. Darunter befanden sich 356 000 oder 41 % Kinder (unter 15 Jahre alt). Die andere große Gruppe dieser Kategorie stellten 321 000 verheiratete Frauen (37 % dieser Kategorie).

Für jeden fünften Schleswig-Holsteiner (19 %) bedeutete die Rente bzw. Pension die wichtigste Einnahmequelle. Diese Gruppe von fast einer halben Million Personen steht im engen Zusammenhang mit dem An-

teil alter Menschen an der Bevölkerung, da die Rente/Pension üblicherweise als Altersruhegeld für aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Personen zu verstehen ist. In Schleswig-Holstein waren zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 16 % der Bevölkerung 65 und mehr Jahre und 21 % mindestens 60 Jahre alt.

77 000 Personen oder 3,0 % lebten überwiegend von Arbeitslosengeld (-hilfe). Diese Zahl entspricht aber nicht der der Erwerbslosen, da für den Bezug dieser Zahlung eine Meldung beim Arbeitsamt und ein Anspruch erforderlich ist. Es wurden 108 000 Erwerbslose in Schleswig-Holstein gezählt, also 4,2 % der Bevölkerung. Außerdem könnte auch ein Arbeitsloser eine andere, größere Einkommensquelle angegeben haben.

Fast 70 000 Personen oder 2,7 % erhielten als überwiegenden Lebensunterhalt „sonstige Unterstützungen“. An der niedrigen Zahl dieser Kategorie wird besonders gut deutlich, daß nur nach dem überwiegenden Lebensunterhalt gefragt wurde. Denn gerade die „sonstigen Unterstützungen“ sind häufiger, als es hier zum Ausdruck kommt. Diese Einkommensquellen haben als unterstützender Unterhalt eine wichtige Funktion gewonnen. In der Sozialhilfestatistik des Jahre 1987 sind 136 000 Sozialhilfeempfänger gezählt worden. Nach der Wohngeldstatistik haben am 30. Juni 1987 106 000 Personen Wohngeld empfangen. Allein diese beiden Beispiele dokumentieren, daß die meisten Zahlungen dieser Kategorie unterstützenden Charakter haben und selbst die Sozialhilfe in längst nicht allen Fällen Hauptquelle des Lebensunterhalts ist.

Gerade 0,8 % der Befragten kreuzten als überwiegenden Lebensunterhalt die Antwortkategorie „eigenes Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil“ an. Dies waren immerhin 19 000 Personen.

Zuwendungen durch Angehörige verloren an Bedeutung

Um einen Vergleich zwischen den letzten Volkszählungen zu ermöglichen, wird die Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt in drei Gruppen zusammengefaßt:

- Erwerbstätigkeit;
- Rente/Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe, eigenes Vermögen, sonstige Unterstützungen;
- Zuwendungen durch Angehörige.

Schon am 6. 6. 1961 hatten in Schleswig-Holstein 40 % der Bevölkerung überwiegend von dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit gelebt. Am 27. 5. 1970 hatte dieser Anteil 37 % betragen. Bis zum 25. 5. 1987 stieg

er wieder auf 40 % an. Die Hauptursache dieser Schwankungen im Zeitablauf liegt im Altersaufbau der Bevölkerungen.

Die Anteile der Erwerbsfähigen (hier von 18 bis 64 Jahren) an der jeweiligen Bevölkerung beliefen sich — in Reihenfolge der drei oben genannten Volkszählungen — auf 62 %, 58 % und 66 %.

Ein Zusammenhang zwischen Alter und Lebensunterhalt ist auch bei der Gruppe „Zuwendungen durch Angehörige“ zu erkennen. Hatte der Anteil dieser Kategorie zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 noch bei 43 % und 1970 sogar bei 44 % gelegen, lebte 1987 nur ungefähr jeder dritte Schleswig-Holsteiner (34 %) von Zuwendungen durch Eltern, Ehegatten, usw. Da Kinder üblicherweise von ihren Eltern unterhalten werden und der Unterhalt durch Eltern den bedeutsamsten innerhalb dieser Kategorie darstellen dürfte, ist die Abhängigkeit vom Kinderanteil an der Bevölkerung nur logisch. Am 6. 6. 1961 hatte der Anteil von Kindern (unter 15 Jahre) bei 21 % gelegen. Bis zum 27. 5. 1970 war dieser auf 24 % gestiegen. Am 25. 5. 1987 zählten nur noch 14 % zur Gruppe der Kinder.

Die letzte Kategorie „Rente/Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe, eigenes Vermögen und sonstige Unterstützungen“ gewann an Bedeutung. Zur Volkszählung 1961 hatte ihr Anteil bei 17 %, 1970 bei 18 % gelegen und lag 1987 sogar bei 26 %. Da in der letztgenannten Volkszählung die Kategorie „Rente/Pension“ gesondert ausgewiesen wurde, ist diese überwiegende Lebensunterhaltsform erwartungsgemäß als wichtigste dieser Kategorie zu erkennen. Fast jeder Fünfte (19 %) der Bevölkerung lebte überwiegend vom Altersruhegeld. Auch dieser Anteil wird vom Altersaufbau der Bevölkerung geprägt. Während der drei Volkszählungen 1961, 1970 und 1987 ist der Anteil von älteren Personen (65 und mehr Jahre) mit 13,0 %, 14,6 % und 16,0 % an der jeweiligen Bevölkerung Schleswig-Holsteins kräftig gewachsen.

Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen

In allen kreisfreien Städten und Kreisen Schleswig-Holsteins, mit Ausnahme des Kreises Dithmarschen, lebten im Mai 1987 die meisten Bewohner überwiegend aus dem Einkommen ihrer Erwerbstätigkeit. In Dithmarschen überwogen die Zuwendungen durch Verwandte mit 39 % gegenüber der Erwerbstätigkeit mit 35 %. Natürlich hing der überwiegende Lebensunterhalt eng mit der jeweiligen Erwerbsquote, also dem Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung, in den Kreisen zusammen. Die höchsten Werte verzeichneten die an Hamburg grenzenden Kreise. 43 % in den Kreisen Stor-

**Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25. Mai 1987
nach überwiegendem Lebensunterhalt in %**

KREISFREIE STADT Kreis	Erwerbs-/ Berufs- tätigkeit	Arbeitslosen- geld, -hilfe	Rente, Pension	Eigenes Ver- mögen, Ver- mietung, Ver- pachtung, Altenteil	Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.	Sonstige Unterstüt- zungen (z.B. Sozial- hilfe, BAföG)
FLensburg	37,4	4,9	21,5	0,5	30,8	4,9
KIEL	38,5	3,9	22,1	0,4	30,0	5,1
LÜBECK	37,5	4,2	24,2	0,5	29,7	3,9
NEUMÜNSTER	38,3	3,8	21,4	0,3	32,9	3,3
Dithmarschen	35,4	3,1	19,9	1,0	38,5	2,1
Hzgt. Lauenburg	40,0	2,3	19,9	0,9	35,0	1,9
Nordfriesland	38,7	2,8	19,0	1,4	36,2	2,0
Ostholstein	38,5	2,8	21,5	1,1	33,6	2,6
Pinneberg	43,4	2,5	17,8	0,6	33,8	1,8
Plön	39,4	2,7	18,6	0,8	36,6	2,0
Rendsburg-Eckernförde	39,1	2,9	17,8	0,8	36,9	2,5
Schleswig-Flensburg	38,4	2,9	17,5	0,9	37,3	3,0
Segeberg	43,8	2,4	15,7	0,7	35,6	1,9
Steinburg	39,3	3,0	19,2	0,9	35,2	2,3
Stormarn	43,1	1,9	17,3	0,8	34,9	1,9
Schleswig-Holstein	39,7	3,0	19,4	0,8	34,4	2,7

marn und Pinneberg, sogar 44 % im Kreis Segeberg gaben an, sich überwiegend aus Erwerbstätigkeit zu unterhalten. Diese drei Kreise besaßen die höchsten Erwerbsquoten mit 51 % in Stormarn und sogar 52 % in Pinneberg und Segeberg. Die Differenz zwischen der Erwerbsquote und der Erwerbstätigkeit als überwiegendem Lebensunterhalt stellen die Personen dar, die zwar erwerbstätig sind, aber bei denen eine andere Einnahmequelle die überwiegende bedeutet.

Während — wie oben beschrieben — Dithmarschen den kleinsten Anteil bei Erwerbstätigkeit als überwiegendem Lebensunterhalt und auch die kleinste Erwerbsquote mit 44 % besaß, wurde dort der mit 39 % höchste Anteil von Zuwendungen durch Angehörige gemessen. Die geringsten Anteile dieser letztgenannten Kategorie hatten die vier kreisfreien Städte zu verzeichnen (von 30 % in Lübeck bis 33 % in Neumünster). Da bei dieser Antwortgruppe die Unterhaltszahlungen für Kinder durch ihre Eltern und für Ehefrauen durch ihren Gatten dominieren, ist eine Beziehung dieser Kategorie zu dem jeweiligen Kinderanteil und dem Anteil von verheirateten Frauen zu erkennen.

Denn auch beim Anteil der Kinder unter 15 Jahren und beim Anteil der verheirateten Frauen an der Bevölkerung hatten die kreisfreien Städte die niedrigsten Werte zu verzeichnen. Diese Anteile betragen z. B. in Kiel 12 % bzw. 22 %. Der Landesdurchschnitt lag bei 14 %

bzw. 24 %. Den bedeutsameren Einfluß auf die Zuwendungen durch Angehörige hat aber der Kinderanteil. Dies ist leicht zu erklären. Während die Kinder fast ausnahmslos durch ihre Eltern unterhalten werden, bedeutet für eine Frau die Ehe natürlich nicht automatisch die finanzielle Abhängigkeit von ihrem Ehegatten. Fast jede dritte Ehefrau lebte überwiegend von ihrem Einkommen aus ihrer Berufstätigkeit, ungefähr jede siebte von Renten- bzw. Pensionszahlungen.

In den kreisfreien Städten (von 21 % in Neumünster bis 24 % in Lübeck) und in Ostholstein (22 %) lebte mehr als jede fünfte Person überwiegend von einer Rente oder Pension. Diese Gebiete besaßen auch die höchsten Altenanteile in Schleswig-Holstein. Der deutlich höchste wurde dabei in der Hansestadt Lübeck gemessen, wo 26 % der Bewohner 60 Jahre oder älter waren. Den niedrigsten Seniorenanteil hatte am 25. Mai 1987 der Kreis Segeberg (17 %). Folglich war dort die Rente bzw. Pension als überwiegender Lebensunterhalt unterdurchschnittlich vertreten (16 %).

In den kreisfreien Städten wohnten überdurchschnittlich viele Personen, die hauptsächlich vom Arbeitslosengeld oder -hilfe lebten (von 3,8 % in Neumünster bis 4,9 % in Flensburg). In den vier Hamburger Umlandkreisen dagegen waren am wenigsten Personen von dieser Unterhaltsform abhängig (von 1,9 % in Stormarn bis 2,5 % in Pinneberg). In einem engen Zusammen-

hang mit diesen Werten stehen natürlich die Zahlen der Erwerbslosen. Der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen sei Erwerbslosenquotient genannt. Diese Gliederungszahl ist nicht mit der Arbeitslosenquote zu verwechseln. Ein Arbeitsloser ist beim Arbeitsamt als arbeitslos registriert. Zu den Erwerbslosen rechnen auch die Arbeitslosen, die nicht beim Arbeitsamt gemeldet sind. Deshalb ist der Erwerbslosenquotient höher als die Arbeitslosenquote. Er lag in den kreisfreien Städten deutlich über dem Landesdurchschnitt von 8,8 %. Für Neumünster, Kiel und Lübeck wurde ein Erwerbslosenquotient von 12 %, für Flensburg sogar einer von 14 % errechnet. Dagegen war er in den vier Kreisen, die an Hamburg grenzen, am geringsten, in Stormarn hatte er mit 5,9 % den niedrigsten Wert aller schleswig-holsteinischen Kreise.

Geringe Abweichungen vom Bundesdurchschnitt

Im Bundesgebiet lebten am 25. Mai 1987 40 % der Bevölkerung überwiegend von Erwerbstätigkeit. Mit fast 40 % entsprach Schleswig-Holstein diesem Durchschnitt. Der höchste Anteil dieser Art wurde für West-Berlin mit 44 %, der niedrigste für das Saarland mit 36 % gemessen.

Auch bei den Zuwendungen durch Angehörige lag Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 34 % nur gering unter dem Bundesanteil von 35 %. Wiederum stellten West-Berlin (27 %) und das Saarland (38 %) im

Ländervergleich die Extremwerte des Anteils, hier allerdings hatte das Saarland den höchsten und Berlin den niedrigsten Wert.

In den drei Stadtstaaten West-Berlin (22 %), Bremen und Hamburg (beide 23 %) lebten überdurchschnittlich viele Personen von einer Zahlung aus Rente oder Pension. Der Anteil in Schleswig-Holstein entsprach dem des Bundes mit 19 %.

Während 2,3 % der Bundesbürger das Arbeitslosengeld oder die -hilfe als ihre bedeutendste Einkommensquelle bezeichneten, galt dies für 3,0 % der Schleswig-Holsteiner. Im Saarland (3,6 %), in Hamburg (3,9 %) und in Bremen (4,3 %) wurden sogar noch höhere Anteile verzeichnet.

In Schleswig-Holstein und Bayern lebten mit einem Anteil von 0,8 % im Ländervergleich noch am meisten Personen von eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung oder Altenteil (Bund: 0,7 %). Mit Anteilen im Promillebereich ist diese Unterhaltsform dennoch vergleichsweise bedeutungslos.

Eine wichtigere Unterhaltsquelle stellen die „sonstigen Unterstützungen“ dar. Besonders die drei Stadtstaaten West-Berlin (3,7 %), Hamburg (4,0 %) und Bremen (4,3 %) lagen deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 2,4 %. Dagegen lebten in Schleswig-Holstein 2,7 % der befragten Personen überwiegend von diesen „sonstigen Unterstützungen“. Das Landesergebnis wich damit — wie in den anderen Kategorien auch — kaum vom Bundesergebnis ab.

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in den Bundesländern am 25. Mai 1987 nach überwiegendem Lebensunterhalt in %

Land	Erwerbs-/Berufstätigkeit	Arbeitslosengeld, -hilfe	Rente, Pension	Eigenes Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil	Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.	Sonstige Unterstützungen (z.B. Sozialhilfe, BAföG)
Schleswig-Holstein	39,7	3,0	19,4	0,8	34,4	2,7
Hamburg	40,2	3,9	23,0	0,6	28,2	4,0
Niedersachsen	38,5	2,8	19,5	0,7	35,8	2,6
Bremen	37,9	4,3	22,5	0,5	30,4	4,3
Nordrhein-Westfalen	38,0	2,7	18,8	0,7	37,0	2,8
Hessen	41,7	1,7	19,2	0,5	34,8	2,1
Rheinland-Pfalz	39,4	2,1	19,1	0,6	36,8	2,0
Baden-Württemberg	43,0	1,4	17,6	0,6	35,5	1,9
Bayern	42,9	1,7	18,4	0,8	34,4	1,7
Saarland	36,2	3,6	19,3	0,3	38,1	2,4
Berlin (West)	43,6	3,0	22,2	0,6	26,9	3,7
Bundesgebiet	40,4	2,3	19,0	0,7	35,2	2,4

Mehr als jede zweite Ehefrau ist finanziell vom Ehegatten abhängig

Nun soll die Bevölkerung nach Geschlecht und Familienstand differenziert betrachtet werden. In Schleswig-Holstein gab am 25. Mai 1987 mehr als jeder zweite männliche (54 %) und mehr als jede vierte weibliche (27 %) Befragte an, daß das Einkommen aus Erwerbstätigkeit den überwiegenden Lebensunterhalt darstelle. Diesen Unterschied prägen vor allem die geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten von 61 % bei den Männern und 36 % bei den Frauen. 96 % der erwerbstätigen Männer und 82 % der erwerbstätigen Frauen lebten überwiegend von ihrem erarbeiteten Einkommen. Für die Frauen bedeutet also die Berufstätigkeit in geringerem Maße als für die Männer die dominante Einkommensquelle.

189 000 Männer oder 15 % der männlichen Bevölkerung und 307 000 Frauen oder 23 % der weiblichen Bevölkerung kreuzten „Rente, Pension“ als überwiegenden Lebensunterhalt an. Diese große Differenz war zu erwarten, da deutlich mehr Seniorinnen als Senioren in Schleswig-Holstein lebten. Am 25. Mai 1987 wurden 344 000 Frauen und 197 000 Männer gezählt, die 60 Jahre oder älter waren. Der Altenquotient, also der An-

teil von Senioren an der Bevölkerung, belief sich bei den Frauen auf 26 % und bei den Männern auf 16 %.

Ein anderer geschlechtsspezifischer Unterschied offenbart sich bei „Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.“. Bei nur 23 % der männlichen, aber 45 % der weiblichen Bevölkerung überwog diese Unterhaltsquelle. Zum männlichen Teil rechneten mit 183 000 aber kaum mehr Kinder als zum weiblichen (174 000). Die entscheidende Erklärung liegt in der Erwerbsbeteiligung der verheirateten Personen: Während mehr als jede zweite Ehefrau (53 %) von ihrem Ehegatten unterhalten wurde, galt dieses für nur einen von 100 Ehemännern (1,1 %).

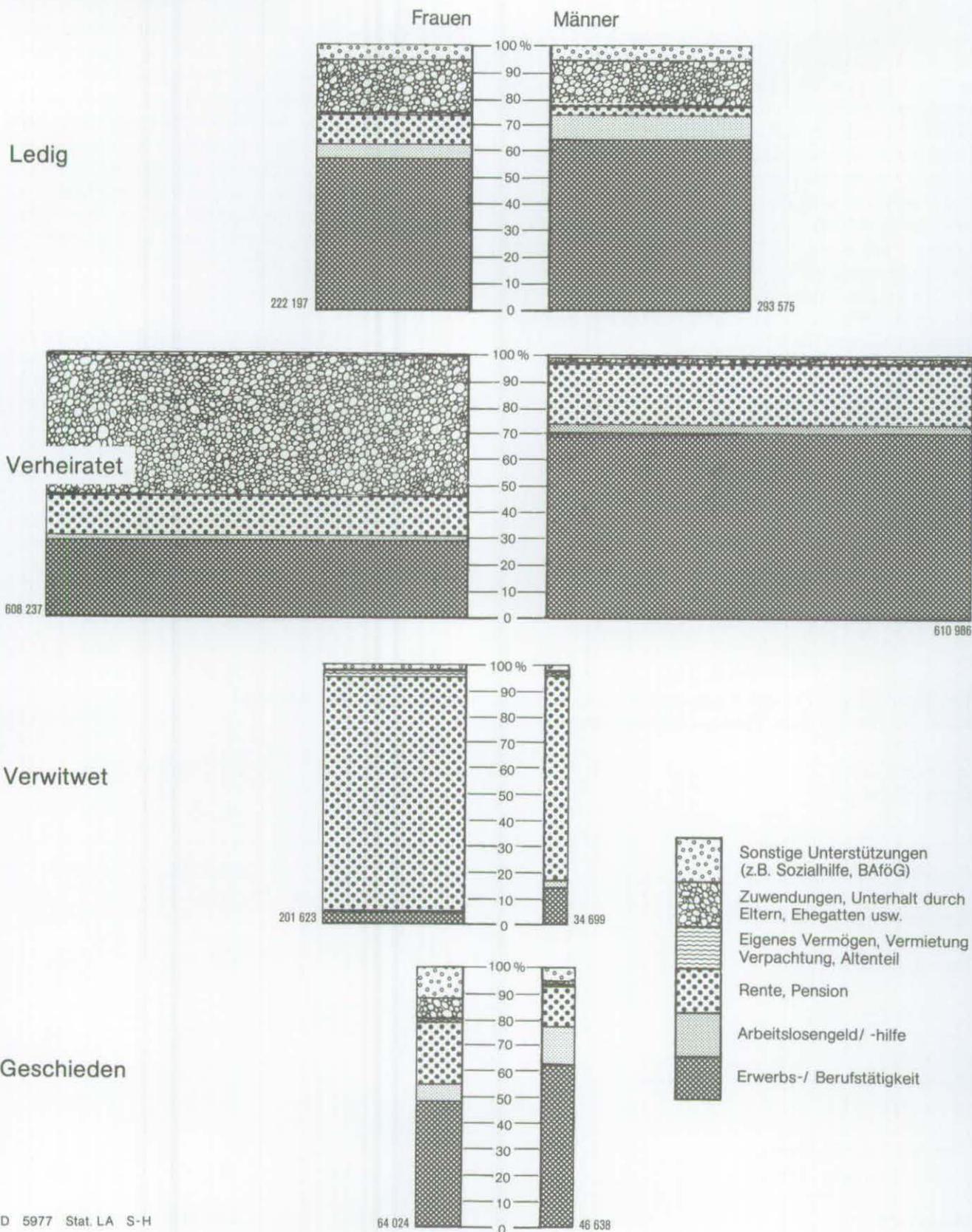
Nach diesen Zahlen gilt immer noch das klassische Familienbild von dem erwerbstätigen Ehemann und seiner Gattin als Hausfrau und/oder Kinderaufzieherin, obwohl die Erwerbsquote bei den Frauen deutlich gestiegen ist (1970: 27 % und 1987: 36 %). 70 % der verheirateten Männer lebten überwiegend von Erwerbstätigkeit. Dennoch sollte nicht übersehen werden, daß mittlerweile auch fast jede dritte Ehefrau (30 %) ihre Haupteinnahmen aus Erwerbstätigkeit erzielte. 14 % der Ehefrauen und 24 % der Ehemänner erhielten überwiegend Zahlungen aus Rente oder Pension.

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25. Mai 1987 nach überwiegendem Lebensunterhalt und Geschlecht

Überwiegender Lebensunterhalt	Weiblich		Männlich	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Erwerbs-, Berufstätigkeit	354 347	26,7	660 326	53,7
Arbeitslosengeld, -hilfe	25 542	1,9	51 060	4,2
Rente, Pension	306 522	23,1	189 295	15,4
Eigenes Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil	11 557	0,9	7 856	0,6
Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.	590 110	44,5	287 917	23,4
Sonstige Unterstützungen (z.B. Sozialhilfe, BAföG)	37 500	2,8	32 209	2,6
Insgesamt	1 325 578	100	1 228 663	100

Überwiegender Lebensunterhalt der Bevölkerung im Alter von 18 und mehr Jahren in Schleswig-Holstein am 25.5.1987

nach Familienstand und Geschlecht



D 5977 Stat. LA S-H

Geschiedene leben häufiger als andere von Arbeitslosengeld oder -hilfe

Für eine Betrachtung der Familienstände verheiratet, verwitwet und geschieden kommt nur die erwachsene Bevölkerung in Frage. 99,9 % der 472 000 Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Schleswig-Holstein waren ledig. 95 % von ihnen bezogen Unterhalt bzw. Zuwendungen von ihren Eltern.

Im Mai 1987 lebten immerhin auch 20 % der ledigen Frauen und 17 % der ledigen Männer überwiegend vom Unterhalt durch Verwandte. Hierbei überwogen die jüngeren Jahrgänge, was bei den meisten Menschen sicherlich mit der Ausbildung zu tun hatte. Die jüngeren Ledigen waren auch stärker von „sonstigen Unterstützungen“ abhängig, wobei das BAföG eine bedeutende Rolle spielen dürfte. 6,5 % der Frauen und 6,2 % der Männer, die ledig waren, kreuzten diese Antwortgruppe an. Die meisten Ledigen übten eine Berufstätigkeit aus: 58 % der ledigen Frauen und 65 % der ledigen Männer lebten überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit.

Witwe oder Witwer wird man meistens erst im Alter, nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Dann ist die Rente oder Pension die dominierende Einkommensquelle. 78 % der Witwer und sogar 90 % der Witwen lebten überwiegend von dieser Unterhaltsform. Diese Renten sind aber nicht immer auch selbst erwirtschaftet. Ob der Renten- oder Pensionsanspruch aus eigener Berufstätigkeit stammt oder vom verstorbenen Ehepartner erworben ist, wurde in der Volkszählung nicht erfragt. Es waren aber 14 000 Witwen mittlerer Altersjahre (40 bis 60) von einer Renten- oder Pensionszahlung abhängig. Mindestens in diesen Fällen dürfte die Witwenrente oder -pension die Haupteinkommensquelle sein. Nach dem Tod des Ehepartners war bei den Männern häufiger als bei den Frauen die Erwerbstätigkeit die überwiegende Unterhaltsform.

Die meisten geschiedenen Personen lebten hauptsächlich von Einnahmen aus ihrer Erwerbstätigkeit: 49 % der Frauen und 62 % der Männer. Auffallend hoch war aber der Anteil von geschiedenen Männern, die von Arbeitslosengeld/-hilfe abhängig waren. 15 % der geschiedenen Männer kreuzten diese Kategorie an. Dieser Anteil übertraf damit deutlich den bei den Ledigen mit 8 %, den Ehemännern mit 3 % und den Witwern mit 2 %. Auch bei den geschiedenen Frauen war häufiger als bei den ledigen, verheirateten und verwitweten Arbeitslosenhilfe oder -geld die Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts, dies aber mit 6,5 % deutlich niedriger als bei den geschiedenen Männern.

Daß die geschiedenen Frauen, die nicht erwerbstätig sind, weniger als die Männer von den Transfers der Ar-

beitsverwaltung leben, könnte daran liegen, daß meistens die Frauen die Kinder aus der gescheiterten Ehe im Haushalt haben und dafür vom Vater der Kinder Unterstützung erhalten. Es kann auch sein, daß bei manchen Männern die Unterhaltslasten so drücken, daß ihnen eine Erwerbstätigkeit nicht sonderlich attraktiv erscheint und sie sich mit der Arbeitslosigkeit eher arrangieren als andere.

Die Bestandsdaten der Volkszählung geben natürlich keine Auskunft über die Kausalität der Arbeitslosigkeit, ob die Scheidung vielleicht sogar ein Grund für den Verlust des Arbeitsplatzes war oder ob auf Arbeitslosigkeit die Trennung vom Ehepartner folgte. Bei den Frauen könnte sogar behauptet werden, daß eine Scheidung eher in die Erwerbstätigkeit als in die Arbeitslosigkeit führt. Denn 49 % der geschiedenen Frauen gegenüber nur 30 % der Ehefrauen gaben an, daß die Erwerbstätigkeit ihren überwiegenden Lebensunterhalt darstelle. In den mittleren Altersklassen (35 bis 54 Jahre) lag dieser Anteil sogar über 60 %.

Für Deutsche ist Rente bedeutsamer als für Ausländer

Am 25. Mai 1987 lebten in Schleswig-Holstein 76 000 Ausländer und 2,478 Mill. Deutsche. 38 % der ausländischen und 40 % der deutschen Bevölkerung gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit zu verdienen. Die Erwerbsquote lag aber mit 50 % bei den Ausländern über der der Deutschen mit 48 %. Dies bedarf der Erklärung: Bei der Erwerbsquote sind die Erwerbstätigen und Erwerbslosen enthalten. Der Anteil der Erwerbslosen war mit 17 % bei den ausländischen Erwerbspersonen deutlich höher als bei den deutschen mit 8,5 %. Deutsche und Ausländer haben also verschiedene Erwerbslosenquotienten. Diese Quotienten wirkten sich auch auf die Abhängigkeit vom Arbeitslosengeld aus. 5,6 % der Ausländer, aber nur 2,9 % der Deutschen lebten überwiegend von der Arbeitslosenunterstützung. Doch sollten diese Relativzahlen nicht überinterpretiert werden: 4 000 ausländischen Arbeitslosengeldempfängern standen 72 000 deutsche gegenüber.

Die meisten ausländischen Mitbürger (43 %) erhielten überwiegend Unterhalt durch Angehörige. Daß dies bei den Deutschen nur 34 % waren, dürfte in erster Linie durch den Unterhalt durch Eltern zu erklären sein. Denn zu den Ausländern rechneten 21 % Kinder unter 15 Jahre, während der Kinderanteil der Deutschen 14 % betrug.

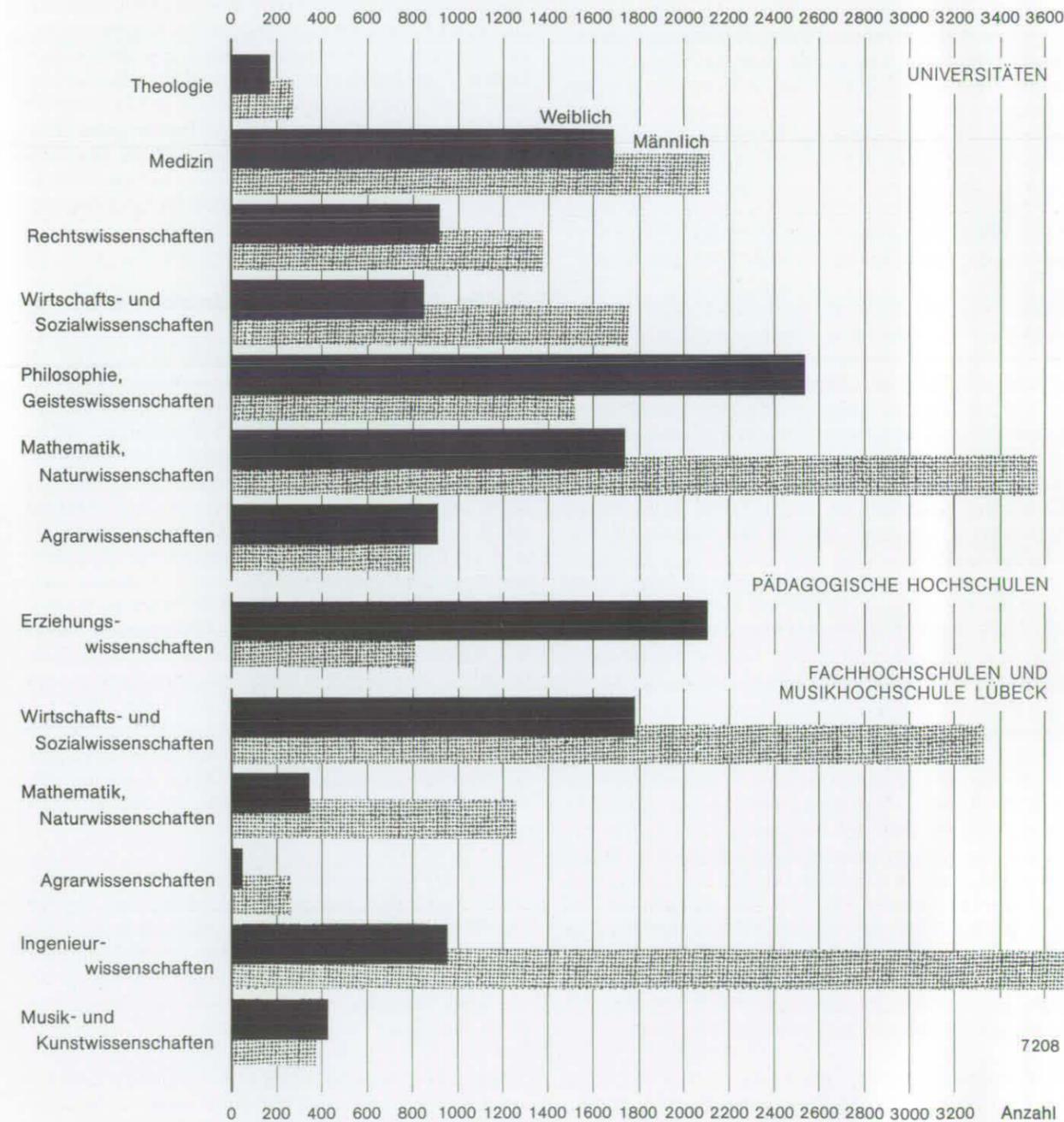
Auffällig, aber erwartet, stellt sich der Unterschied bei der Antwortkategorie der Rente dar. Jeder fünfte Deut-

Studentinnen und Studenten in Schleswig-Holstein

– ohne Verwaltungsfachhochschule Altenholz –

Studenten nach Hochschulart, Fächergruppe und Geschlecht

im Wintersemester 1990/91

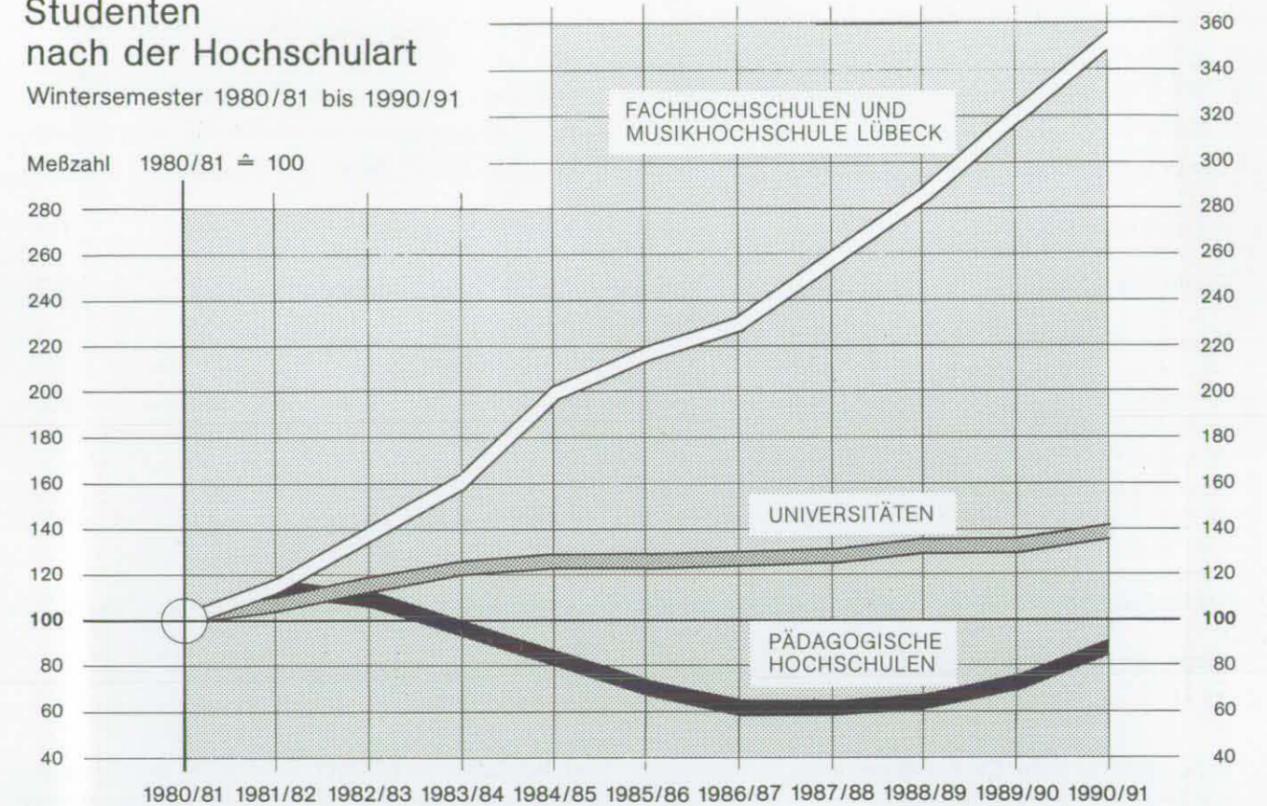


D 5970 Stat. LA S-H

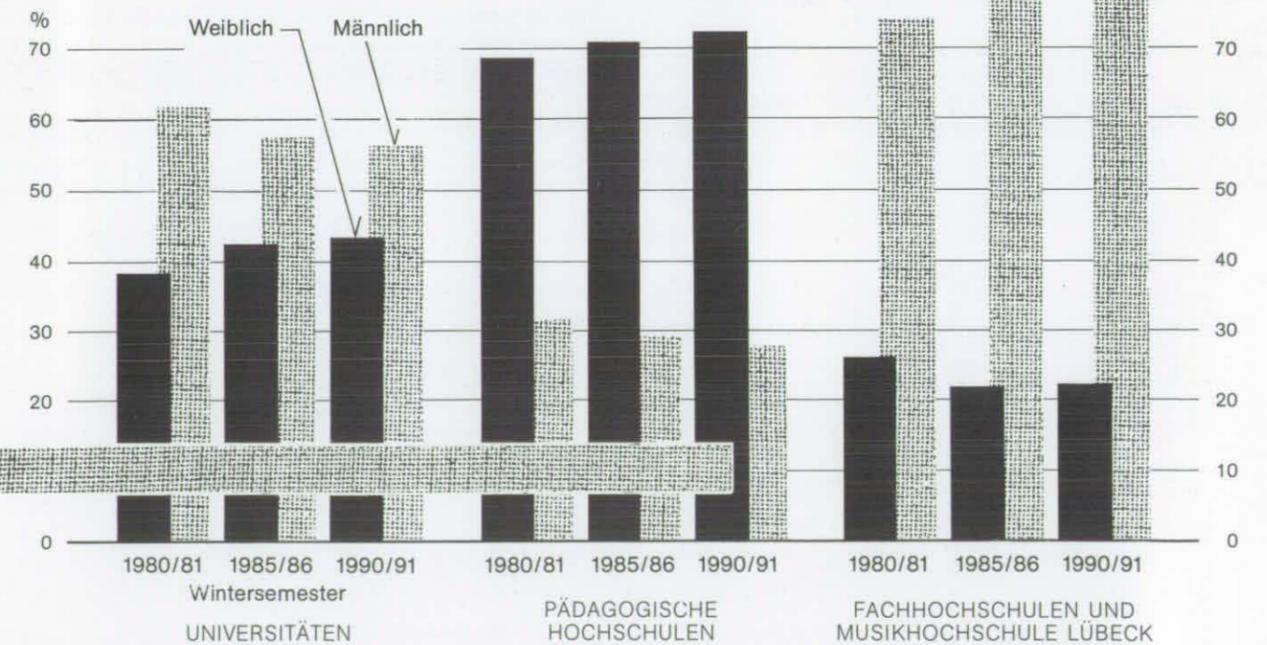
Studenten nach der Hochschulart

Wintersemester 1980/81 bis 1990/91

Meßzahl 1980/81 = 100



Anteil der Geschlechter



**Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25. Mai 1987
nach überwiegendem Lebensunterhalt in %**

	Ausländer			Deutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Erwerbs-, Berufstätigkeit	38,4	48,4	27,2	39,8	53,9	26,7
Arbeitslosengeld, -hilfe	5,6	7,5	3,4	2,9	4,0	1,9
Rente, Pension	4,9	4,7	5,1	19,9	15,8	23,6
Eigenes Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil	0,6	0,6	0,6	0,8	0,6	0,9
Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.	42,5	29,1	57,5	34,1	23,2	44,2
Sonstige Unterstützungen (z.B. Sozialhilfe, BAföG)	8,0	9,7	6,1	2,6	2,4	2,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

sche, aber nur jeder 20. Ausländer lebte überwiegend von einer Rente oder Pension.

Da aber gerade 5 % der Ausländer, aber immerhin 22 % der Deutschen zu den Senioren (60 Jahre und älter) rechneten, erscheint dieses Ergebnis nur folgerichtig.

Zuletzt sei auf einen Vergleich in der Kategorie „sonstige Unterstützungen“ hingewiesen. 6 000 oder 8,0 %

der Ausländer und 64 000 oder 2,6 % der Deutschen lebten hauptsächlich von einer Unterstützungsform dieser Antwortgruppe. Dieser offensichtliche Unterschied ist ein Resultat ungleicher Bedingungen im Berufsleben. Am 30. Juni 1987 haben fast 4 000 Asylbewerber in Schleswig-Holstein Sozialhilfe empfangen. Da diese üblicherweise keine Arbeitserlaubnis besaßen und häufig auch mit Sprachproblemen konfrontiert waren, hatte ihnen der Arbeitsmarkt vorerst nicht offen gestanden.

Thomas Borck

Klärschlamm 1987

„Der löbliche Herr Magistrat gibt bekannt, daß ab morgen früh fünf Uhr keiner mehr in den Bach scheißen darf, als daß er daselbst Bier brauen thut!“ Im 18. Jahrhundert genügte ein drastisch formulierter Appell an jedermann, zeitlich und räumlich begrenzte Verschmutzungen der Gewässer zu unterbinden. Heute gelangen die vielfältigen Schadstoffe überwiegend anonym und unsichtbar in den Wasserkreislauf. Der Erhalt der Wasserqualität war früher auch deshalb weniger problematisch, weil die Selbstreinigungskräfte der stehenden und fließenden Gewässer ausreichten, die eingeleiteten Schmutzstoffe abzubauen. In den letzten Jahrzehnten gelangten aber immer mehr chemische Substanzen in die Abwässer der Haushalte und Industrie, die die Abbau- und Lebensvorgänge der Gewässer stark beeinträchtigen und somit letztlich auch die Trinkwasserqualität gefährden. Daher stellt sich im Rahmen des Umweltschutzes die vorrangige Aufgabe, das Abwasser zu reinigen, bevor es wieder dem Wasserkreislauf zugeführt wird. Voraussetzung jeder Abwasserbehandlung ist die Sammlung des Abwassers in einem Kanalnetz, das die Abwässer einer Kläranlage zuleitet. Mit Hilfe der verschiedenen Klärtechniken werden die Schadstoffe des Abwassers eliminiert und damit dem Wasserkreislauf ferngehalten. Das Problem der Schadstoffentsorgung des Abwassers stellt sich allerdings weiterhin, und zwar in konzentrierter Form schadstoffhaltiger Klärschlämme.

Klärschlamm galt früher als ein wertvoller Dünger, der wichtige Pflanzennährstoffe lieferte und zur Humusbildung beitragen sollte. Als Folge der hohen Belastungen der Abwässer sind heute die Schadstoffkonzentrationen im Klärschlamm derart gestiegen, daß eine Verwendung in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Gärtnerei nur erfolgen darf, wenn die Auflagen der Klärschlammverordnung erfüllt sind, d. h. wenn bestimmte Grenzwerte für die Gehalte an Blei, Cadmium, Chrom, Kupfer, Nickel, Quecksilber und Zink nicht überschritten werden. Aufgrund ihrer kritischen Eigenschaften können die Abwasserschlämme oft nicht unmittelbar als Rohschlamm, sondern erst nach einer weitergehenden Behandlung entsorgt werden.

Menge und Schadstoffkonzentration des Klärschlammes sind abhängig vom Abwasservolumen, vom Verschmutzungsgrad des Abwassers, von der Effektivität der Kläranlage und von der Behandlungsmethode des Klär-

schlammes. Als Faustregel gilt, daß nach der Abwasserbehandlung etwa 1 % des Abwasservolumens als Klärschlamm (Rohschlamm) zurückbleibt, der unbehandelt einen Wassergehalt zwischen 95 bis 98 % und damit 5 bis 2 % Trockensubstanz aufweist.

Reinhaltung der Gewässer und umweltschonende Klärschlammensorgung sind herausragende Aufgaben einer aktuellen, am Vorsorgeprinzip orientierten Umweltpolitik, die, soll sie erfolgreich sein, auf umfassendes Zahlenmaterial zu diesen Themen angewiesen ist. Wichtige Daten über die Abwasserwirtschaft liefern die gesetzlich angeordneten Umweltstatistiken. Im Rahmen dieses Erhebungsprogramms ist u. a. alle vier Jahre eine Abwasserstatistik über den öffentlichen Bereich durchzuführen, die jüngsten Ergebnisse liegen nach aufwendigen Abstimmungsarbeiten für 1987 vor.

1987 wurden in die Sammelkanalisation Schleswig-Holsteins 183 Mill. m³ Abwasser geleitet, das zu 68 % aus privaten Haushalten und zu 20 % aus Gewerbebetrieben stammte. Die restlichen Abwassermengen waren Fremdwasser, zum Beispiel in die Kanalisation eindringendes Grundwasser oder unerlaubt über Fehlanschlüsse eingeleitetes Wasser. An das Kanalisationssystem waren 2 193 200 Schleswig-Holsteiner angeschlossen, so daß sich für 1987 ein Abwasseraufkommen je Einwohner (E) und Jahr (a) in Höhe von 84 m³ E/a sowie ein Abwasserentsorgungsgrad der Bevölkerung von 86 % errechneten. Die Entsorgung der 361 000 nicht an das Kanalnetz angeschlossenen Einwohner vor allem in den dünn besiedelten Räumen Schleswig-Holsteins erfolgte über Einzelentsorgungsanlagen wie Hauskläranlagen oder abflußlose Sammelgruben.

Fast das gesamte im Kanalnetz Schleswig-Holsteins gesammelte Abwasseraufkommen, nämlich 181 Mill. m³ (99 %) wurde über die Sammelkanalisation zu einer öffentlich betriebenen Kläranlage geleitet, das restliche eingesammelte Abwasser gelangte unbehandelt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund. Die 747 öffentlichen Kläranlagen Schleswig-Holsteins nahmen im Berichtsjahr 195 Mill. m³ Abwasser auf. Dieses Aufkommen berechnet sich aus der über das Kanalnetz Schleswig-Holsteins gesammelten Abwassermenge (181 Mill. m³), abzüglich des zur Behandlung in Hamburger Anlagen abgegebenen Abwassers (10 Mill. m³)

und zuzüglich der Abwassermengen, die von Hamburg in schleswig-holsteinische Anlagen geleitet wurden (7 Mill. m³). Hinzu kamen 17 Mill. m³ Regenwasser, das in die Kläranlagen gelangte.

Die Behandlung des Abwassers erfolgt in den Kläranlagen grundsätzlich mit kombinierten mechanischen und biologischen Verfahrensweisen. In den nur mechanisch wirkenden Anlagen werden die biologisch abbaubaren Schmutzstoffe des Abwassers mit Hilfe von Rechen, Sandfang und Vorklärbecken um etwa 20 bis 30 % verringert. Diese Form der Abwasserbehandlung genügt heute nicht mehr den Anforderungen moderner Klärtechnik und ist daher in der Wasserwirtschaft fast bedeutungslos geworden. 1963 war immerhin das Abwasser von 35 % der an eine Kläranlage angeschlossenen Einwohner ausschließlich mechanisch behandelt worden, 1987 betrug dieser Anteil für die 31 mechanisch wirkenden Anlagen 0,1 %. Alle anderen 716 Klärwerke erreichen ihre hohe Reinigungsqualität durch eine mechanisch-biologische Wirkungsweise. Durch diese werden nach dem mechanischen Verfahren mit Hilfe von aeroben und/oder anaeroben Prozessen dem Abwasser bis zu 95 % der Schadstoffe entzogen. Vor allem bei der Klärung gewerblicher und industrieller Abwässer reicht aber oft auch die biologische Reinigung nicht aus, so daß die notwendige Reinigungsleistung erst durch eine dritte Stufe, nämlich eine chemisch-physikalische Behandlung erzielt wird. Im Berichtsjahr waren von 716 biologisch wirkenden Klärwerken 71 mit einer solchen weitergehenden Behandlung ausgerüstet, in denen das Abwasser von 39 % der entsorgten Bevölkerung Schleswig-Holsteins behandelt wurde. 1983 hatte dieser Anteil 26 % betragen.

Die durch die Abwasserbehandlung anfallende Klärschlammmenge wird im Rahmen der Abwasserstatistik nicht erfragt, sondern mit Hilfe der Angaben zur Abwassermenge und zum Verbleib des behandelten Klärschlammes errechnet. So ergab sich auf der Basis des in den 747 Kläranlagen zu behandelnden 195 Mill. m³ Abwasseraufkommens ein Rohschlammvolumen von 1,5 Mill. m³, das sind 0,8 % der gesamten Abwassermenge. Von dieser Rohschlammmenge fielen 57 % bei den 645 biologisch betriebenen Kläranlagen ohne weitergehende Behandlung an und 43 % bei den 71 Anlagen mit einer dritten Behandlungsstufe, was als Hinweis auf die intensive Reinigungsleistung dieser Anlagen gewertet werden kann.

Die in den Klärwerken angefallenen Rohschlammengen sind in der Regel zu behandeln, bevor sie umweltschonend beseitigt werden. Ziel dieser Behandlungen ist es, das Schlammvolumen durch Senkung des Wassergehalts und Abbau der organischen Stoffe zu reduzieren. Außerdem sollen spezielle Verfahren krankheitserre-

gende Organismen unschädlich machen und geruchsbildende Prozesse verhindern. Um das zu erreichen, wird der Rohschlamm vor allem stabilisiert und/oder entwässert. Durch die Stabilisation werden über biologische, physikalische, chemische sowie thermische Prozesse die geruchsbildenden Inhaltsstoffe und Schlammfeststoffe verringert. Gleichzeitig erreicht diese Behandlungsart eine bessere Entwässerbarkeit und eine Verminderung der Krankheitserreger. Unterschieden wird dabei zwischen der anaeroben und aeroben Stabilisation. Bei der anaeroben Stabilisation wird mit Hilfe von Fäulnisbakterien unter Ausschluß von Luftsauerstoff der Rohschlamm in Faultürmen behandelt. Das dabei entstehende Methangas kann zur Energieversorgung der Kläranlage genutzt werden. Die aerobe Stabilisation wandelt mit Hilfe von Mikroorganismen und unter ständiger Belüftung organische Stoffe in mineralische Endprodukte. Vor allem aber wird das Schlammvolumen durch die Entwässerung gemindert. Das erreicht man mit mechanischen Einrichtungen wie Filter, Pressen und Zentrifugen oder unter Anwendung klimatischer Faktoren. Um die Entwässerung, aber auch andere Verfahren zu intensivieren, werden in vielen Fällen dem Rohschlamm für die weitere Aufbereitung Konditionierungshilfsmittel wie Asche, Kalk oder Chloride beigemischt. Andere Methoden, den Rohschlamm zu behandeln, sind die Eindickung, mit der die Feststoffkonzentration durch langzeitige Absatzvorgänge gesteigert wird, und die Hygienisierung, durch die die Ausbreitung von Krankheitserregern verhindert werden soll.

Von den 747 Kläranlagen im Jahre 1987 waren 525 Anlagen für eine Behandlung des Rohschlammes ausgerüstet, und zwar verfügten 270 Anlagen über Möglichkeiten, die aerobe Stabilisation durchzuführen, 250 Anlagen stabilisierten ihren Rohschlamm anaerob. Vorrichtungen für die Entwässerung hatten 90 Klärwerke. Da einzelne Anlagen mehr als ein Behandlungsverfahren aufweisen können, kommt es hier zu Doppelzählungen. 222 Klärwerke — es handelt sich hierbei überwiegend um kleine Anlagen — hatten keine technischen Einrichtungen, um den Klärschlamm zu behandeln.

Während das Rohschlammaufkommen von 1,5 Mill. m³ rechnerisch ermittelt wurde, wurden die Klärschlamm-mengen, die — meistens nach einer Behandlung — umweltschonend beseitigt wurden, von den Anlagenbetreibern erfragt. 1987 ließen die Anlagenbetreiber 540 000 m³ Klärschlamm zur Entsorgung von ihrem Gelände abfahren, das ist etwa ein Drittel des Rohschlammaufkommens. Durch die Stabilisation und Entwässerung hat sich das Rohschlammvolumen deutlich reduziert. Das beseitigte Klärschlammaufkommen ist im Vergleich zur Rohschlammmenge aber auch deshalb so gering, weil der Anlagenbetreiber nur die Menge

anzugeben hat, die er im Berichtsjahr entsorgt. Klärschlammengen, die im Berichtsjahr angefallen sind, aber erst später abgefahren werden, bleiben also unberücksichtigt.

Gegenüber 1983 bedeuteten die 540 000 m³ entsorgter Klärschlamm einen Rückgang von 13 %. Diese Veränderung überrascht insofern, weil 1987 gegenüber der vorherigen Erhebung die Abwassermenge wie auch die Zahl der Anlagen zunahm sowie die Reinigungstechnik und damit die Filterintensität gesteigert werden konnte, was zusammen zu einem höheren Klärschlamm-aufkommen hätte führen müssen. Daß sich das in der Statistik 1987 anders darstellt, kann erfassungstechnisch begründet werden: Gegenüber 1983 stieg im aktuellen Berichtsjahr vor allem die Zahl der kleinen Kläranlagen, das sind solche, die das Abwasser von weniger als 1 000 Einwohnern aufnehmen. 1987 gehörten von den 747 Anlagen 593 zu dieser Größenklasse, 1983 waren es unter den 670 Anlagen gut 60 weniger gewesen. Bei diesen Kleinanlagen handelt es sich überwiegend um Teichanlagen, in denen beim Einleiten des Abwassers kontinuierlich Klärschlamm anfällt, der auf den Grund des Klärteichs sedimentiert und im Laufe von Jahren den Klärteich verfüllt. Ist ein bestimmter Verfüllungsgrad erreicht, wird der Klärteich ausgebaggert und der angefallene Klärschlamm abgefahren. Für die Statistik bedeutet das, daß im Berichtsjahr in jedem Fall die Abwassermengen der Klärteiche erfaßt werden, das Schlammvolumen aber nur dann, wenn der Verfüllungsgrad zum Ausbaggern im Berichtsjahr erreicht wird.

Die 540 000 m³ Klärschlamm hatten einschließlich der gut 5 300 t Konditionierungshilfsmittel eine Trockensubstanzmenge von rd. 66 700 t und damit einen durchschnittlichen Trockensubstanzgehalt von 12 %. Für Fragen der Entsorgung des Klärschlammes sind Angaben über die Trockensubstanz (TS) sinnvoller als Raum-inhalte, da z. B. gleichgroße Klärschlammengen mit verschiedenen Trockensubstanzanteilen entsprechend mehr oder weniger Deponiekapazität erfordern.

Von den 66 700 t TS hatte 1987 der Kreis Rendsburg-Eckernförde mit gut 13 400 t TS (20 %) den höchsten Anteil zu entsorgen. Da die Klärschlammengen nach dem Standort der Kläranlagen regionalisiert werden, wird für Rendsburg-Eckernförde auch der Klärschlamm erfaßt, den die Bevölkerung der Landeshauptstadt Kiel produziert. Entsprechend dieser Zuordnung hat Kiel also selbst keine Entsorgungsprobleme. Das zweithöchste zu beseitigende Schlamm-aufkommen wies der Kreis Pinneberg auf, das allerdings mit knapp 7 700 t TS (11 %) doch deutlich geringer war als die Menge in Rendsburg-Eckernförde. Mit rd. 6 900 t TS (10 %) stand die Hansestadt Lübeck mengenmäßig vor ähnlichen Entsorgungsaufgaben wie der Kreis Pinneberg. In Neumünster und in den Kreisen Dithmarschen, Herzogtum

Lauenburg und Ostholstein fielen Klärschlammengen in der Größenordnung zwischen 4 100 bis 4 600 t TS zur Entsorgung an. Flensburg und die übrigen Kreise meldeten Schlamm-aufkommen zwischen 2 300 und 3 600 t TS.

Wie bereits erwähnt, hatten 1987 von den 747 Kläranlagen 71 Anlagen biologische Reinigungstechniken mit weitergehenden Behandlungsverfahren. Von diesen wiederum waren 57 Anlagen für eine Behandlung des Klärschlammes ausgerüstet. Die Betreiber dieser 71 Anlagen meldeten 27 500 t TS entsorgten Klärschlamm, das sind 41 % der Gesamtmenge. Diese Anlagen behandelten im selben Jahr 37 % des Abwasseraufkommens. In allen anderen Anlagen wurden demzufolge 63 % des Abwasservolumens gereinigt und 59 % des zur Entsorgung anstehenden Schlammes produziert, wodurch noch einmal die Filterintensität der Klärwerke mit drei Reinigungsstufen deutlich wird.

Weil es notwendig ist, die Abwasserreinigung zu intensivieren, läßt sich Klärschlamm im Gegensatz zu vielen anderen Abfällen kaum vermeiden oder vermindern. Das Vermeidungsgebot konfliktiert mit dem der Abwasserreinigung. Es muß deshalb auf geordnete Entsorgung gesetzt werden. Das Recycling in Form einer Unterbringung im Landbau und die Ablagerung auf Deponien sind wichtigste Entsorgungswege für den Klärschlamm. Wie anfangs schon erwähnt, ist wegen der unerwünschten Schadstoffe eine landwirtschaftliche Verwertung des Klärschlammes als Düngemittel nur begrenzt möglich. Neben der Klärschlammverordnung regeln weitere gesetzliche Bestimmungen wie das Bundesimmissionsschutzgesetz oder das Wasserhaushaltsgesetz die Verbringung des Klärschlammes auf landwirtschaftlich genutzte Flächen. Aber selbst wenn die administrativen Auflagen erfüllt werden, d. h. der Klärschlamm schadstofffrei wäre, ist seine Verwendung als Düngemittel in der Landwirtschaft eingeeengt. So sind in Ballungsgebieten, wo ein großer Teil des Klärschlammes anfällt, die Transportkosten zu landwirtschaftlich genutzten Flächen relativ hoch. Außerdem fällt Klärschlamm zwar über das ganze Jahr verteilt an, als Dünger kann er aber nur saisonal begrenzt aufgebracht werden. Hinzu kommt, daß sich die Schlamm-düngung nicht für alle Kulturarten uneingeschränkt eignet, nämlich stärker für den Ackerbau und weniger für Grünland. Reduziert wird die landwirtschaftliche Verwertung auch dadurch, daß Landwirtschaftsflächen vermehrt zu Wasserschutzgebieten und Naturschutzräumen erklärt werden, auf denen Klärschlamm nur mit bestimmten Auflagen oder überhaupt nicht abgelagert werden darf. Wegen der möglichen Schadstoffe im Klärschlamm ist es vorstellbar, daß Nahrungsmittelproduzenten von ihren landwirtschaftlichen Anlieferern den Nachweis verlangen, daß sie keine Klärschlamm-düngung vorge-

nommen haben. Dies alles zusammen bewirkt, daß die Verwertung des Klärschlammes in der Landwirtschaft heute nicht mehr der herausragende Entsorgungsweg früherer Jahre ist. Diese führende Rolle haben die Deponien übernommen, die die größte Last der Klärschlamm Entsorgung tragen. Die anderen Entsorgungswege wie Verbrennung und Kompostierung sind quantitativ von geringer Bedeutung.

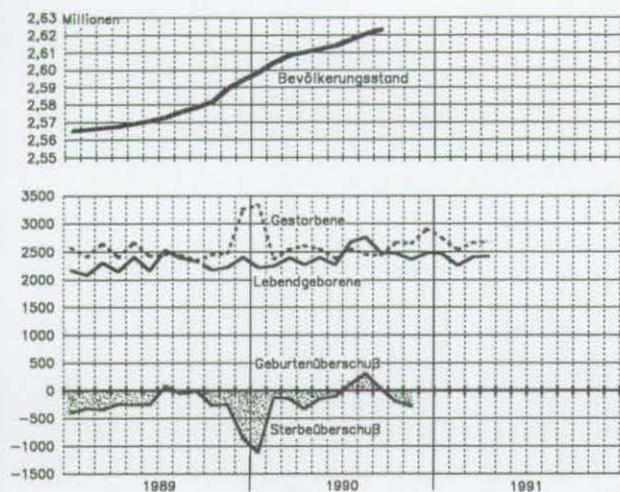
Von den 1987 entsorgten 66 700 t TS Klärschlamm gelangten 38 700 t TS (58 %) zur Ablagerung auf Deponien, 18 600 t TS (28 %) wurden als Düngemittel in der Landwirtschaft verwertet, 3 400 t TS (5 %) kamen zu einer Kompostierungsanlage und 2 700 t TS (4 %) vor allem wegen einer weitergehenden Behandlung zu einer anderen Kläranlage. Die restlichen 2 900 t TS (4 %) Klärschlamm wurden bis zur endgültigen Entsorgung zwischengelagert. Daß die landwirtschaftliche Verwertung rückläufig ist, zeigt der Zahlenvergleich zu 1983. Damals wurden 31 % des Schlammaufkommens von den Kläranlagen zur Bodenverbesserung abgefahren und 51 % auf Deponien abgelagert.

Der Anteil landwirtschaftlich genutzten Klärschlammes ist gemessen am Bundesergebnis (1987: 36 %) in Schleswig-Holstein relativ gering. Außer Hamburg und Berlin, die diesen Entsorgungsweg gar nicht beschränkten, hatte nur Nordrhein-Westfalen einen niedrigeren Anteilswert. Andere Bundesländer wie Niedersachsen (69 %), Bayern (59 %) und Baden-Württemberg (52 %) bevorzugten die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung dagegen deutlich stärker als Schleswig-Holstein.

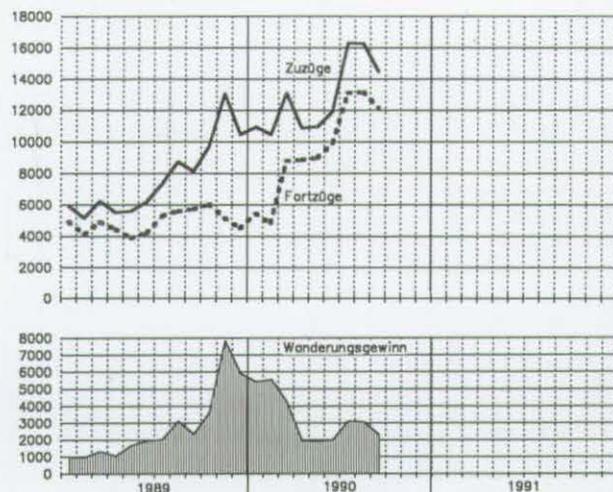
Die beiden Hauptentsorgungswege, landwirtschaftliches Recycling und Ablagerung auf Deponien, werden im nördlichsten Bundesland von den Kreisen und kreisfreien Städten unterschiedlich genutzt. Der Klärschlamm im Herzogtum Lauenburg wurde fast ausschließlich als Düngemittel verwendet, in den Kreisen Ostholstein und Stormarn betrug die landwirtschaftlich verwerteten Klärschlammanteile 95 und 82 %. Die Anlagenbetreiber der kreisfreien Städte Flensburg und Neumünster beschränkten dagegen diesen Entsorgungsweg überhaupt nicht, in Lübeck, Dithmarschen, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde lagen die als Düngemittel genutzten Klärschlammanteile bei gut 10 % und weniger, während sich für die übrigen Kreise Quoten zwischen 20 und 37 % errechneten. Die Klärschlammmenge der kreisfreien Stadt Neumünster wurde dagegen ausschließlich zur Deponierung abgefahren. Mit Anteilswerten zwischen gut 80 und knapp 65 % war dies auch die bevorzugte Beseitigungsform für den Klärschlamm in Rendsburg-Eckernförde, Pinneberg, Nordfriesland, Dithmarschen, Lübeck und Plön. Das gilt ebenfalls für die Kreise Segeberg, Schleswig-Flensburg und Steinburg, wenn auch mit Anteilen um 50 % nicht in dem Maße der vorher genannten Regionen. Die kreisfreie Stadt Flensburg ging ihren eigenen Entsorgungsweg, indem sie ihr gesamtes Klärschlammaufkommen kompostierte. Die neben Deponierung, landwirtschaftlicher Verwertung und Kompostierung vierte Entsorgungsform, die Verbrennung, wurde 1987 von keinem Anlagenbetreiber genannt.

Fritz Wormeck

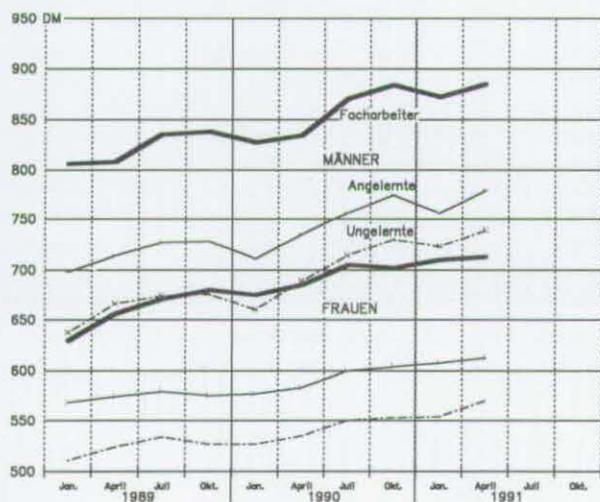
Bevölkerungsstand



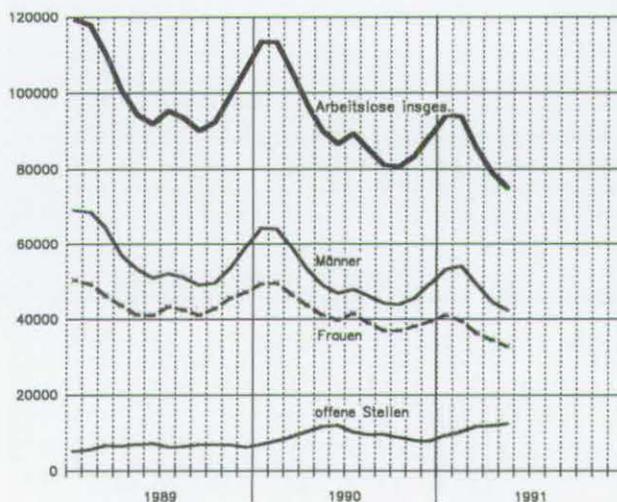
Bevölkerungsveränderung



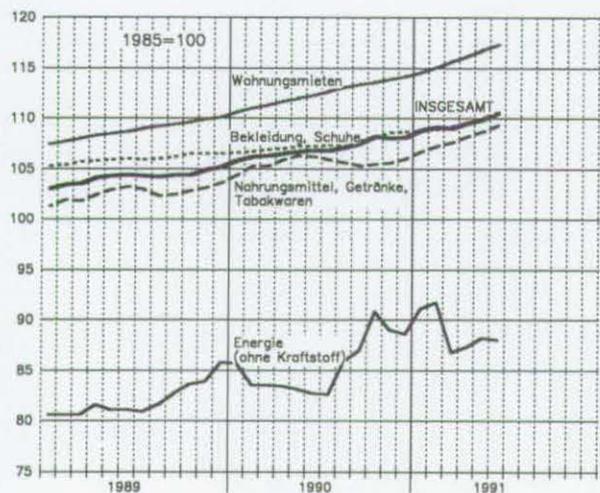
Bruttowochenverdienste



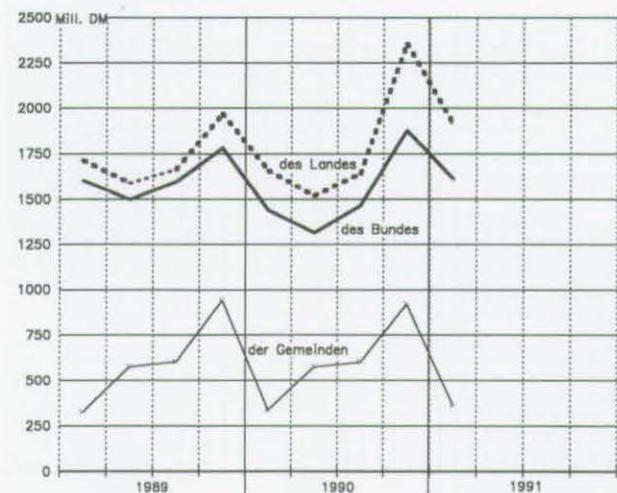
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



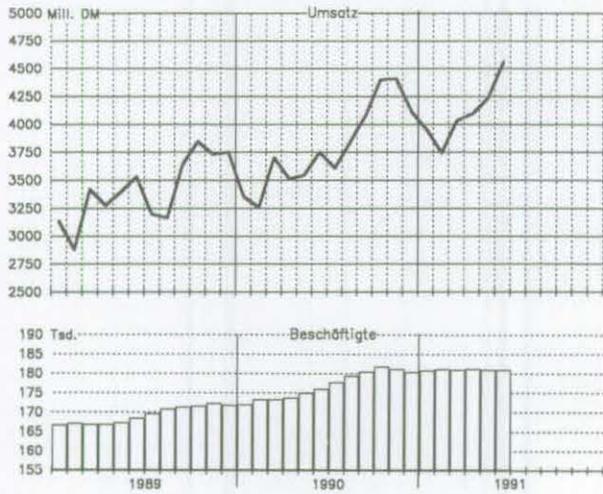
Steuereinnahmen



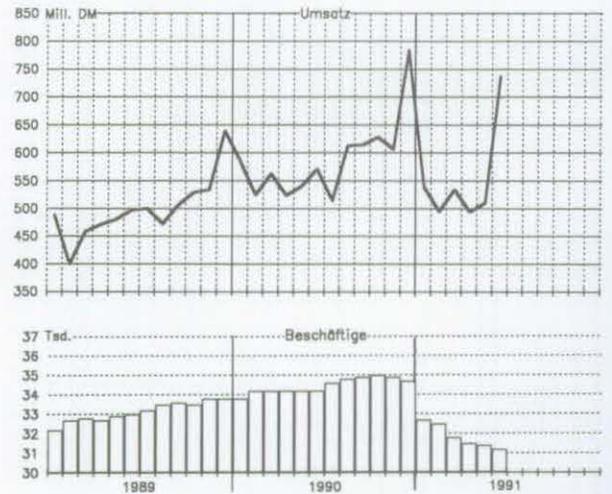
Verarbeitendes Gewerbe

D 5968-B Stat LA S-F

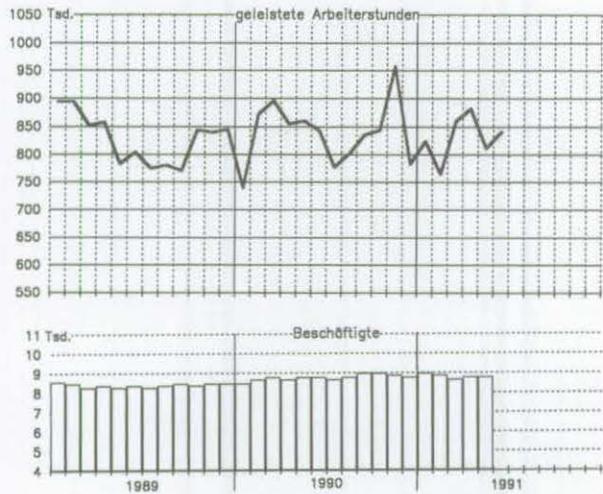
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



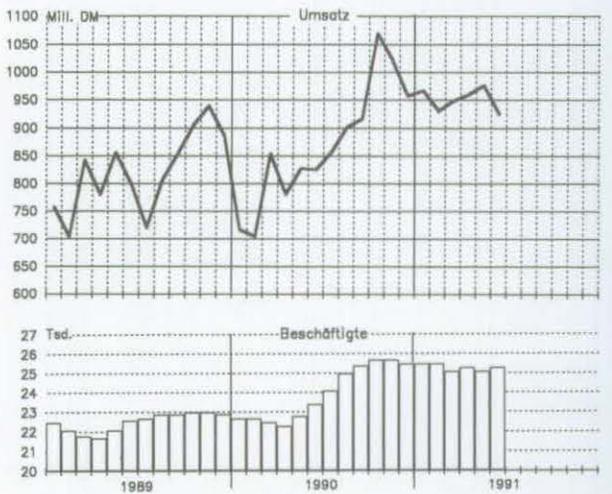
darunter Maschinenbau



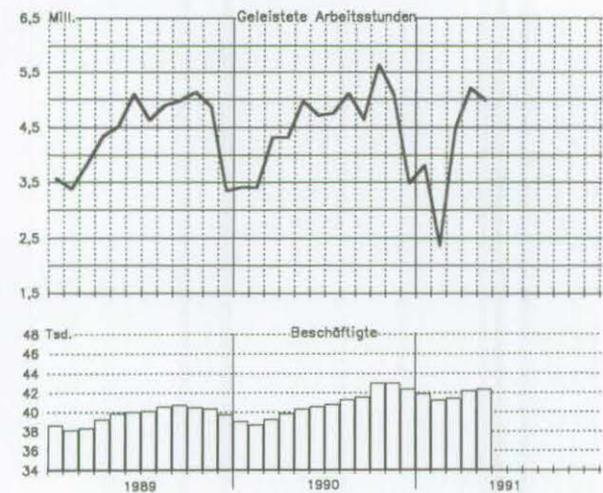
darunter Schiffbau



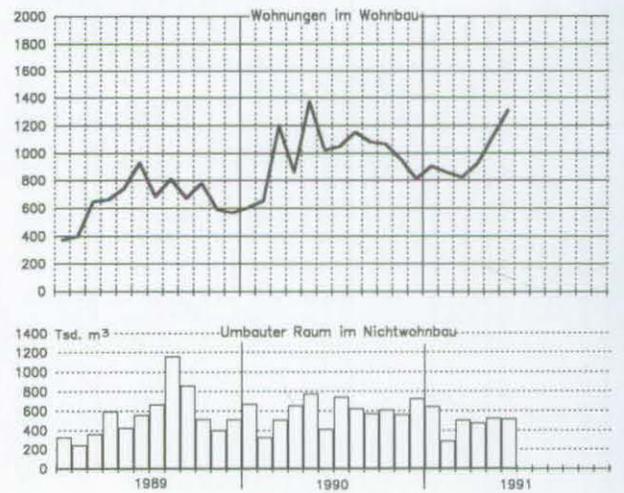
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



XII. Öffentliche Wohlfahrtspflege

1. Öffentliche Armenpflege im Jahre 1885

Gesetzliche Grundlage der Armenpflege im Sinne dieser Tabelle war das Unterstützungs-Wohnsitz-Gesetz von 1870, das am 1.7.1871 im Reich (außer in Bayern und Elsaß-Lothringen) in Kraft trat. Träger der Lasten waren die Ortsarmenverbände und - z. B. für Personen, die keinen Unterstützungswohnsitz hatten - die Landarmenverbände. Öffentliche Armenunterstützung war jede während des Kalenderjahres gewährte, dauernde oder vorübergehende, ein- oder mehrmalige Unterstützung. Nicht dazu gehörten die ausdrücklich als Vorschüsse gewährten Beihilfen, die Steuer- und Schulgeldbefreiungen sowie Beihilfen durch Kirchen, Vereine und Privatpersonen.

Als Selbstunterstützte galten dabei alle Familienvorstände, einzelstehenden Personen und getrennt von dem Familienvorstand in einer Anstalt verpflegten Angehörigen. Der Familienvorstand galt auch dann als Selbstunterstützter, wenn die Unterstützung für seine in seinem Haushalt lebende Ehefrau oder seine noch nicht 14 Jahre alten Kinder (oder Enkel) gewährt wurde. Als Mitunterstützte galten die mit dem Ehemann oder dem Vater oder der Mutter zusammenlebenden oder gemeinsam in einer Anstalt untergebrachten Ehefrauen und Kinder oder Enkel unter 14 Jahren.

a) Unterstützte

Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920	Unterstützte Personen	davon in		Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit						
		Anstalts-pflege	offener Armenpflege	Tod des Ernährers	Krankheit, Gebrechen, Unfallverletzung	Altersschwäche	große Kinderzahl	Arbeitslosigkeit	Trunksucht	sonstige Ursachen
Selbstunterstützte										
1002 Ortsarmenverbände 2 Landarmenverbände	25 035 279	12 116 116	12 919 163	3 553 36	11 328 142	5 879 2	563 5	839 18	730 3	2 143 73
Zusammen	25 314	12 232	13 082	3 589	11 470	5 881	568	857	733	2 216
Mitunterstützte										
1002 Ortsarmenverbände 2 Landarmenverbände	17 517 117	2 876 21	14 641 96	3 563 4	6 569 36	1 292 3	2 286 16	1 441 21	909 13	1 457 24
Zusammen	17 634	2 897	14 737	3 567	6 605	1 295	2 302	1 462	922	1 481

b) Ausgaben (in Mark)

Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920	Ordentliche Ausgaben zusammen	davon			Außerordentliche Ausgaben (z.B. für Neubauten)	Ausgaben insgesamt ¹⁾
		in Bargeld	in Naturalien	Übrige Kosten		
Ortsarmenverbände Landarmenverbände	3 101 265 57 109	1 293 855 50 997	642 961 1 175	1 164 449 4 937	114 804 -	3 216 069 57 109
Zusammen	3 158 374	1 344 852	644 136	1 169 386	114 804	3 273 178

1) Hier sind auch die Kosten für die Ausgabe von Suppen aus öffentlichen Suppenanstalten und von Zehr- und Reisegeld an Durchreisende enthalten, obwohl deren Empfänger in der Tabelle a nicht als unterstützte Personen mitgezählt wurden.

QUELLE: Zeitschrift des Königl. Preussischen Statistischen Bureau 1886 und 1889 (Diese Statistik ist nicht wiederholt worden. Einzelne Angaben für andere Jahre finden sich in den Anlagen zu den Protokollen des Provinziallandtages).

2. Empfängerkreis der offenen Fürsorge

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Weltkrieges 1914 bis 1918 und der krisenreichen Nachkriegsjahre (Kriegsbeschädigte, Arbeitslose, Inflationgeschädigte), ferner die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse machten eine Neugestaltung der bisherigen Armenpflege notwendig. Eine reichseinheitliche Regelung wurde durch die "Verordnung über die Fürsorgepflicht" vom 13. Februar 1924 (RGBl. I, S. 100) und die "Reichsgrundsätze über Voraussetzung,

Art und Maß der öffentlichen Fürsorge" vom 4. Dezember 1924 (RGBl. I, S. 765) geschaffen. Den Gemeinden lag mit Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (RGBl. I, S. 187) auch die Fürsorge für die Wohlfahrtsverwundeten ob. Die genannten Fürsorgegesetze wurden mehrfach den geänderten Verhältnissen angepaßt und schließlich durch das Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 abgelöst und fortgeführt.

a) 1928 bis 1940

Stand	Gehobene (kriegsbedingte) Fürsorge			Allgemeine Fürsorge			Pflegekinder	Hilfsbedürftige insgesamt
	Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Gleichgestellte	Sozialrentner	Kleinrentner und Gleichgestellte	Wohlfahrts-erwerbslose ¹⁾	zusätzlich unterstützte Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger ²⁾	sonstige Hilfsbedürftige ³⁾		
Von den Bezirksfürsorgeverbänden ⁴⁾ laufend unterstützte Parteien								
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936								
31. 3. 1928	435	19 378	12 888	15 551	.	.	.	48 252
31. 3. 1929	728	20 462	12 794	21 566	.	.	.	55 550
31. 3. 1930	619	20 658	12 264	24 137	.	.	.	57 678
31. 12. 1930	833	21 102	11 718	21 119	722	12 524	.	68 018
31. 3. 1932	708	17 378	10 177	58 926	5 084	14 056	.	106 329
31. 3. 1933	794	17 727	9 182	65 499	6 166	32 195	.	131 563
31. 3. 1934	602	17 118	8 313	39 150	8 908	14 513	.	88 604
31. 3. 1935	583	17 031	9 430	24 871	5 543	15 675	.	74 133
31. 3. 1936	541	16 159	9 133	12 845	4 206	15 386	8 019	66 289 a
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937								
31. 3. 1938	432	12 957	8 027	1 385 ^{b)}	297	9 428	7 636	40 162
31. 3. 1939	580	11 768	7 814	504 ^{b)}	89	7 725	7 108	35 588
31. 3. 1940	560	10 896	7 301	39	14	5 959	6 371	31 140

1) einschl. als Wohlfahrtsverwundete nicht anerkannte Arbeitslose 2) ab 1934 auch zusätzlich unterstützte Notstandsarbeiter

3) Dieser Kreis entspricht im wesentlichen dem Empfängerkreis der früheren Armenpflege

4) hinzu kommt noch eine kleine Anzahl von den Landesfürsorgeverbänden unterstützter Hilfsbedürftiger

a) ab 1936 einschl. der in fremden Familien untergebrachten Personen (Pflegekinder), die vorher bei der geschlossenen Fürsorge nachgewiesen wurden b) einschl. Fürsorge- und Notstandsarbeiter (1938 = 193, 1939 = 58)

QUELLEN: 1928 bis 1930 (März): Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 42, 1930 (Dez.) bis 1940: Statist. Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932 bis 1941/42

Schluß: 2. Empfängerkreis der offenen Fürsorge

b) 1947 bis 1954

Empfängerkreis	Stand am 30. September							
	1947 ¹⁾	1948 ¹⁾	1949 ¹⁾	1950	1951	1952 ²⁾	1953 ²⁾	1954 ²⁾³⁾
	Laufend unterstützte Parteien							
	Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937							
Kriegsfolgenhilfe zusammen	.	114 299	69 329	37 361	29 146	25 940	26 330	26 694
davon								
Heimatvertriebene	109 463	80 511	47 492	23 205	18 445	17 544	16 956	16 768
Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin	.	4 143	2 975	2 351	2 001	2 118	2 431	2 588
Evakuierte	7 984	6 489	5 632	4 274	3 630	3 218	3 215	3 093
Ausländer und Staatenlose	.	.	.	835	560	498	480	641
Angehörige von Kriegsgefangenen und Vermissten sowie heimgekehrte Kriegsgefangene	.	8 249	3 210	1 522	881	247	196	6 729
Körperbeschädigte und Hinterbliebene beider Weltkriege und ihnen Gleichgestellte	.	14 907	10 020	5 174	3 629	2 315	3 052	.
Allgemeine Fürsorge zusammen	.	19 962	21 275	19 391	18 909	19 596	19 040	20 878
davon								
Sozialrentner	.	5 928	4 652	4 068	4 249	.	.	.
Pflegekinder	2 910	1 982	2 509	2 563	2 307	.	.	.
sonstige Hilfsbedürftige	.	12 052	14 114	12 760	12 353	.	.	.
Offene Fürsorge insgesamt	165 342	134 261	90 604	56 752	48 055	45 536	45 370	47 572
	Laufend unterstützte Personen							
Offene Fürsorge insgesamt	359 940	272 659	161 817	90 556	75 237	69 252	71 525	70 678

1) ohne Landesfürsorgeverband 2) einschl. Jugendaufbauwerk 3) einschl. Mehrfachzählungen in der Kriegsfolgenhilfe
 QUELLEN: 1947: Statist. Amt für die Britische Besatzungszone, Statistik der Britischen Besatzungszone, Bd. 12 1948 ff: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

c) 1956 bis 1962 (einschl. Tbc-Hilfe)

Eine grundlegende abrechnungsbedingte Umstellung der Erhebungsmethode macht die gesonderte Darstellung für diesen Zeitraum notwendig.

Empfängerkreis	30. Juni	31. März				31. Dezember		
	1956	1957	1958	1959	1960	1960	1961	1962
	Laufend unterstützte Parteien							
	Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937							
Allgemeine Fürsorge	30 311	34 745	30 562	28 402	25 911	24 688	21 981	22 471
Fürsorge für Zugewanderte	1 232	1 242	1 110	896	766	660	565	460
Fürsorge für Flüchtlinge aus Ungarn	.	26	16	5	3	3	4	4
Soziale Fürsorge 1) (ab 1960 Kriegsopferfürsorge)	7 038	11 104	11 231	10 305	9 747	8 844	6 928	5 403
Offene Fürsorge zusammen	38 581	47 117	42 919	39 608	36 427	34 195	29 478	28 338
Tbc-Hilfe (einschl. der Zugewanderten)	3 469	3 848	3 597	3 146	3 498	3 544	3 209	2 658
Insgesamt	42 050	50 965	46 516	42 754	39 925	37 739	32 687	30 996
	Laufend unterstützte Personen							
Offene Fürsorge zusammen	56 851	68 450	61 116	56 724	51 474	47 867	41 107	39 566
Insgesamt	60 624	72 512	64 867	60 045	55 353	51 769	46 079	43 865

1) gemäß Bundesversorgungsgesetz

QUELLE: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

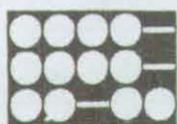
3. Empfänger von Sozialhilfe außerhalb von Anstalten und von Kriegsopferfürsorge in Schleswig-Holstein im Jahre 1964

Auch mit dem Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815) folgte die Gesetzgebung den inzwischen veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und Anschauungen (beachte die geänderten Bezeichnungen!). In der Statistik tritt das neue Gesetz mit dem Jahr 1963 in Erscheinung. Die Sozialhilfestatistik enthält im Gegensatz zur

bisherigen Fürsorgestatistik keine Pflegekinder mehr. Sonst sind die Jahresendbestände an Empfängern laufender Sozialhilfe außerhalb von Anstalten zusammen mit den Empfängern von laufenden Leistungen der Kriegsopferfürsorge weitgehend mit den Bestandszahlen (Personen, offene Fürsorge ohne Tbc-Hilfe) der Vorjahre in Tabelle 2c vergleichbar.

Sozialhilfe: Haushalte mit Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	außerhalb von Anstalten (im Jahre)	22 266
davon nach Hauptursache der Hilfe		
	Krankheit	4 343
	Tod des Ernährers	1 076
	Ausfall des Ernährers	1 919
	Unwirtschaftliches Verhalten	91
	Unzureichendes Einkommen	12 071
	Sonstige Anlässe	2 766
Anzahl der Hilfeempfänger in diesen Haushalten im Jahre		36 327
am Jahresende		27 781
Kriegsopferfürsorge: Empfänger laufender Leistungen am Jahresende		6 795

Entnommen aus: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967



Zahlenbeilage

Daten zur Konjunktur	2
Jahreszahlen	4
Zahlenspiegel	6
Kreiszahlen	11
Zahlen für Bundesländer	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		Juni 1991		Januar bis Juni 1991	
Beschäftigte	1 000	181	+ 2,8	181	+ 4,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	17	+ 2,5	17	+ 3,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	793	+ 9,4	720	+ 10,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 560	+ 21,6	4 105	+ 16,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 600	+ 25,0	3 256	+ 21,7
Auslandsumsatz	Mill. DM	960	+ 10,4	849	+ 0,5
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 186	+ 6,0	2 324	+ 7,7
aus dem Inland	Mill. DM	1 589	+ 12,7	1 637	+ 15,1
aus dem Ausland	Mill. DM	597	- 8,5	687	- 6,7
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	203	+ 4,5
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
		Mai 1991		Januar bis Mai 1991	
Beschäftigte	1 000	42	+ 1,1	42	+ 3,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 3,8	4	- 0,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	150	+ 7,3	124	+ 9,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	497	+ 2,7	395	+ 11,9
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	268	- 2,5	260	- 0,0
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
		Juni 1991		Januar bis Juni 1991	
Wohnbau	Wohnungen	1 309	+ 28,2	989	+ 3,9
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	525	+ 25,9	497	- 11,6
EINZELHANDEL					
		Mai 1991		Januar bis Mai 1991	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	142,6	+ 10,0	132,4	+ 11,7
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	148,8	+ 13,0	104,1	+ 6,8
FREMDEVERKEHR⁵⁾					
		April 1991		Januar bis April 1991	
Ankünfte	1 000	307	- 2,5	207	+ 10,5
Übernachtungen	1 000	1 364	- 5,0	876	+ 15,6
ARBEITSMARKT					
		Juni 1991		Januar bis Juni 1991	
Arbeitslose	Anzahl	74 630	- 13,9	84 813	- 17,4
AUSSENHANDEL					
		März 1991		Januar bis März 1991	
Ausfuhr	Mill. DM	947,2	- 10,5	1 007,1	- 4,9
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾					
		Mai 1991		Januar bis Mai 1991	
kurzfristige Kredite	Mill. DM	10 932	+ 10,2	10 640	+ 9,1
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Mill. DM	54 369	+ 4,0	53 808	+ 3,4

Fußnoten nächste Seite

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1990	Juli 1990	Aug. 1990	Sept. 1990	Okt. 1990	Nov. 1990	Dez. 1990	Jan. 1991	Febr. 1991	März 1991	April 1991	Mai 1991	Juni 1991
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾														
Beschäftigte	Land	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,0	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,4	+ 2,8
	Bund	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 4,7	+ 2,6	+ 8,0	+ 4,9	+ 6,2	+ 6,7	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,7	- 1,5	+ 10,1	+ 2,0	+ 2,5
	Bund	+ 1,7	+ 4,6	+ 2,7	- 0,2	+ 2,7	+ 1,8	- 0,7	+ 1,4	+ 2,0	- 5,5	+ 7,6	+ 5,7	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,9	+ 13,2	+ 9,9	+ 11,1	+ 12,9	+ 8,0	+ 12,1	+ 11,4	+ 10,7	+ 9,8	+ 10,9	+ 11,6	+ 9,4
	Bund	+ 7,8	+ 8,4	+ 7,7	+ 6,5	+ 8,9	+ 8,3	+ 7,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 7,0	+ 9,0	+ 7,4	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 11,2	+ 12,8	+ 21,3	+ 11,9	+ 14,3	+ 18,1	+ 9,8	+ 17,9	+ 14,9	+ 9,1	+ 16,7	+ 19,4	+ 21,6
	Bund	+ 6,9	+ 10,3	+ 8,9	+ 5,6	+ 11,0	+ 9,7	+ 3,4	+ 12,4	+ 9,5	+ 2,8	+ 17,6	+ 1,3	...
Inlandsumsatz	Land	+ 13,7	+ 18,8	+ 23,3	+ 21,3	+ 19,3	+ 20,7	+ 11,1	+ 28,4	+ 19,7	+ 15,1	+ 24,4	+ 18,2	+ 25,0
	Bund	+ 9,4	+ 13,5	+ 12,9	+ 9,0	+ 15,7	+ 14,8	+ 7,5	+ 17,7	+ 15,2	+ 10,0	+ 23,2	+ 7,1	...
Auslandsumsatz	Land	+ 3,6	- 6,2	+ 14,0	- 14,0	- 0,7	+ 9,4	+ 5,0	- 11,9	+ 0,6	- 10,3	- 7,0	+ 23,6	+ 10,4
	Bund	+ 1,3	+ 2,9	- 0,5	- 2,3	+ 0,4	- 2,0	- 5,9	- 2,7	- 3,3	- 11,2	+ 4,8	- 11,7	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 2,0	+ 5,6	- 12,6	- 2,0	- 3,7	- 17,2	+ 7,4	+ 31,1	+ 8,0	- 15,7	+ 16,4	+ 7,5	+ 6,0
	Bund	+ 5,8	+ 10,3	+ 11,7	+ 6,3	+ 12,8	+ 7,9	- 0,7	+ 10,7	+ 5,9	- 1,0	+ 10,8	- 3,2	...
aus dem Inland	Land	+ 4,6	+ 11,5	- 1,2	+ 26,4	+ 6,3	+ 1,4	+ 8,9	+ 48,5	+ 9,3	+ 10,8	+ 25,6	- 8,9	+ 12,7
	Bund	+ 9,9	+ 14,3	+ 20,3	+ 10,6	+ 18,7	+ 17,9	+ 7,4	+ 18,2	+ 14,6	+ 9,1	+ 19,0	+ 0,9	...
aus dem Ausland	Land	- 13,2	- 6,7	- 31,4	- 37,6	- 23,5	- 34,0	+ 4,3	- 3,0	+ 5,3	- 48,3	- 2,9	+ 50,6	- 8,5
	Bund	- 1,0	+ 3,4	- 2,8	- 1,1	+ 2,7	- 7,6	- 13,5	- 1,7	- 8,3	- 17,3	- 2,9	- 10,6	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 6,4	-----	+ 24,2	-----	-----	- 2,9	-----	-----	- 5,4	-----	-----	+ 17,1	-----
	Bund	- 1,2	-----	- 0,8	-----	-----	+ 1,0	-----	-----	+ 2,9	-----	-----	-----	-----
BAUHAUPTGEWERBE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 5,1	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,9	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,7	+ 7,4	+ 6,5	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,1	...
	Bund	+ 3,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,1	+ 2,7	+ 0,8
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 5,2	+ 7,2	+ 8,9	- 2,6	+ 10,0	+ 4,1	+ 4,2	+ 12,0	- 30,4	- 0,7	+ 15,4	- 3,8	...
	Bund	+ 2,6	+ 6,9	- 2,6	- 3,5	+ 4,3	+ 0,7	- 5,3	+ 2,0	- 30,1	+ 5,9
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 13,9	+ 16,2	+ 12,4	+ 7,5	+ 18,0	+ 21,2	+ 20,7	+ 19,5	- 10,5	+ 14,0	+ 14,9	+ 7,3	...
	Bund	+ 10,8	+ 11,9	+ 6,7	+ 5,5	+ 13,6	+ 17,0	+ 9,8	+ 9,9	- 12,2	+ 8,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 18,3	+ 21,7	+ 34,1	+ 13,6	+ 20,9	+ 17,8	+ 19,5	+ 43,5	+ 13,5	- 4,0	+ 18,9	+ 2,7	...
	Bund	+ 12,2	+ 13,1	+ 12,0	+ 6,5	+ 12,2	+ 13,3	+ 10,0	+ 12,2	- 4,3
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 19,3	+ 7,3	+ 18,2	+ 23,5	+ 22,9	+ 5,4	+ 35,0	+ 40,8	- 7,4	+ 0,8	- 12,0	- 2,5	...
	Bund	+ 15,0	+ 11,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 17,8	+ 17,5	+ 12,3	+ 5,4	+ 1,4	+ 3,7
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 50,8	+ 54,5	+ 42,5	+ 61,9	+ 37,3	+ 62,2	+ 42,3	+ 50,1	+ 31,6	- 31,7	+ 7,1	- 18,4	+ 28,2
	Bund	+ 33,6	+ 33,0	+ 32,6	+ 34,4	+ 19,0	+ 34,7	+ 4,5	+ 7,0	+ 5,6
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 8,2	+ 11,2	- 46,2	- 33,3	+ 17,7	+ 39,6	+ 41,3	- 3,6	- 12,4	- 0,6	- 27,1	- 32,3	+ 25,9
	Bund	+ 7,9	+ 2,4	+ 7,1	+ 16,8	+ 2,5	+ 6,5	+ 2,5	+ 6,5	+ 20,6
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 12,7	+ 18,9	+ 20,3	+ 10,6	+ 17,7	+ 15,5	+ 14,4	+ 16,7	+ 10,3	+ 13,0	+ 8,8	+ 10,0	...
	Bund	+ 10,6	+ 16,9	+ 15,4	+ 11,7	+ 15,5	+ 13,2	+ 8,0	+ 16,3	+ 12,8	+ 11,6	+ 14,6	+ 8,3	...
GASTGEWERBE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 5,7	+ 4,4	+ 10,5	+ 5,4	+ 9,7	+ 6,0	+ 4,8	+ 1,1	- 3,4	+ 17,3	+ 1,8	+ 13,0	...
	Bund	+ 5,6	+ 5,1	+ 7,4	+ 3,5	+ 6,7	+ 5,5	+ 3,8	+ 3,2	- 1,3	+ 3,7	+ 5,5
FREMDENERKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 10,2	+ 5,8	+ 12,6	+ 9,4	+ 13,4	+ 16,5	+ 10,9	+ 7,4	+ 3,8	+ 36,6	- 2,5
	Bund	...	+ 7,3	+ 8,0	+ 5,4	+ 5,2	+ 8,5	+ 8,0
Übernachtungen	Land	+ 9,9	+ 6,7	+ 6,1	+ 10,7	+ 15,2	+ 10,7	+ 14,0	+ 13,7	+ 18,0	+ 53,7	- 5,0
	Bund	...	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,2	+ 6,1	+ 9,1	+ 11,5
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 6,3	- 8,9	- 10,0	- 12,7	- 15,8	- 16,6	- 17,0	- 17,4	- 19,0	- 18,6	- 16,8	- 13,9
	Bund	- 7,6	+ 5,5	- 6,6	- 8,1	- 9,9	- 13,6	- 13,1	- 14,5	- 13,2	- 14,0	- 13,7	- 12,0	- 11,9
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	- 4,7	- 4,7	+ 0,7	- 23,8	- 5,2	+ 5,1	- 13,9	- 4,0	+ 0,0	- 10,5	- 10,2
	Bund	+ 0,3	+ 4,6	- 0,8	- 8,5	+ 3,6	- 0,4	- 8,1	- 2,4
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾														
kurzfristige Kredite	Land	+ 10,3	+ 8,9	+ 9,6	+ 8,1	+ 8,5	+ 8,2	+ 11,9	+ 10,8	+ 7,9	+ 7,7	+ 9,2	+ 10,2	...
	Bund
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Land	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,0	...
	Bund

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1
- 2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1
- 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
- 4) Nur Errichtung neuer Gebäude
- 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)
- 6) Land: an inländische Unternehmen und Private
Bund: an in- und ausländische Unternehmen und Private) ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
- 7) einschließlich durchlaufender Kredite

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987 ^{a)}	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ²⁾					
	Schülerinnen/Schüler im September in				von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980			
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %
	in 1 000												
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 583	5,6	56 805	2,9
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 346	2,6	57 086	0,5
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 420	4,4	58 637	2,7
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	75 846	4,7	59 503	1,5
1990	135	12	48	62	3	82 770	9,1	62 675	5,3

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehauflkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000										
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	530	2 320	2 324	4 881	2 186	139	972

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
	in 1 000										Beschäft- igte am 30. 6. in 1 000	
	in 1 000 t SKE ⁸⁾											
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42

1) Ergebnisse der IZ-Mikrozensus-erhebungen

2) ab 1988 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr			Fremdenverkehr ³⁾				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 125 ^{a)}	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	...	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	...	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden			Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer Fürsorge		
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt			
									in 1 000	in 1 000			Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7		
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2		
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7		
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8		
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	...	90,1		

Jahr	Steuern								Fundierte Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-mittel
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn-gebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst			
	gewerb-licher Produkte 1985 = 100	Landwirt-schaft-licher Produkte 1985 = 100			Bruttowochenlohn	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾			
							Männer	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
1986	97,5	94,3	101,4	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 574	...	2 610	2 612	2 614
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
Eheschließungen	Anzahl	1 437	...	1 241	2 738	2 314
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	...	5,8	12,4	10,8
Lebendgeborene	Anzahl	2 281	...	2 271	2 402	2 275
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	...	10,6	10,8	10,6
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 546	...	2 604	2 552	2 382
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	...	12,1	11,5	11,1
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	...	19	18	18
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	...	8,4	7,5	7,9
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 264	...	- 333	- 150	- 107
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	...	- 1,6	- 0,7	- 0,5
WANDERUNGEN										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 672	...	10 844	10 952	11 941
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 904	...	8 672	8 999	9 911
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 768	...	+ 1 972	+ 1 953	+ 2 030
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 121	...	9 158	8 236	7 641
Wanderungsfälle	Anzahl	21 697	...	28 874	28 187	29 493
ARBEITSLAGE										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	101	94	97	90	87	85	79	75	75
darunter Männer	1 000	57	52	53	49	47	49	45	42	42
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,5	3,5	6,1	2,6	1,5	8,6	7,4	5,8	4,4
darunter Männer	1 000	5,8	3,4	5,8	2,4	1,4	7,7	6,5	4,8	3,8
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	6,5	9,3	10,3	11,7	12,0	11,6	11,8	12,3	13,2
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 491 ^a	p 1 525 ^a	.	.	1 504	.	.	.	1 502
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	480 ^a	p 472 ^a	.	.	437	.	.	.	432
Schweine	1 000	1 451 ^a	1 445 ^a	1 463	.	.	.	1 456	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	144 ^a	144 ^a	148	.	.	.	139	.	.
darunter trächtig	1 000	99 ^a	99 ^a	101	.	.	.	95	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	49	36	40	36	58	62	58	55
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	189	200	203	193	173	184	205	197	177
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEMERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾ (ohne Geflügel)										
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	29,0	33,1	29,3	29,8	26,7	33,9	36,9	34,7	32,5
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	16,0	17,5	17,6	16,9	14,9	16,1	18,1	17,2	15,4
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	312	310	315	318	322	304	297	296	303
Kälber	kg	131	125	132	126	131	115	116	122	128
Schweine	kg	85	88	87	88	87	88	89	88	87
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	99	96
für Legehennenküken	1 000
für Masthühnerküken	1 000
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	77	63
MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	201	194	221	236	211	191	211	226	212
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	96	98	98	95	96	98	98
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,7	3,4	15,5	16,0	14,7	13,0	14,9	15,4	15,0

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1989	1990	1990			1991			
				Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000 1 000	169 114	177 119	174 117	175 117	176 119	181 122	181 122	181 121	181 122
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 483	16 205	15 437	16 175	16 115	r16 411	16 993	16 495	16 522
Lohnsumme	Mill. DM	360,4	397,6	377,1	392,6	406,6	381,2	417,3	440,1	435,8
Gehaltssumme	Mill. DM	270,4	295,8	278,0	295,6	317,9	303,6	308,8	328,1	357,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige aus dem Inland	Mill. DM	2 274	2 228	1 980	2 355	2 062	2 192	2 304	2 531	2 186
aus dem Ausland	Mill. DM	1 437	1 502	1 342	1 708	1 409	1 590	1 685	1 556	1 589
Umsatz (ohne Umsatzsteuer) Inlandsumsatz	Mill. DM	3 414	3 797	3 514	3 550	3 750	r 4 034	4 099	4 237	4 560
Auslandsumsatz	Mill. DM	2 595	2 949	2 648	2 779	2 880	r 3 257	3 294	3 284	3 600
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
Gasverbrauch ³⁾ Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	47,0	46,0
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾ Leichtes Heizöl	1 000 t	63	71
schweres Heizöl	1 000 t	7	7
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	281	297	284	294	296	302	301	303	307
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	30	33	31	32	29	30	30
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	115,3
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 744	41 773	41 459	41 936	42 120	41 473	42 236	42 403	42 408
Geleistete Arbeitsstunden darunter für Wohnungsbauten	1 000 1 000	4 382 1 623	4 608 1 782	4 513 1 720	5 182 1 998	4 937 1 881	4 486 1 813	5 207 2 122	4 987 2 054	4 843 1 889
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 181	1 213	1 180	1 325	1 288	1 187	1 361	1 253	1 259
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 493	1 484	1 484	1 707	1 650	1 402	1 640	1 565	1 557
Lohnsumme	Mill. DM	97,2	110,9	103,5	118,8	110,7	105,7	119,3	126,9	114,0
Gehaltssumme	Mill. DM	19,3	21,8	20,3	21,0	22,2	20,8	23,0	23,0	27,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	390,8	462,1	387,5	484,1	480,2	365,3	461,0	497,1	534,5
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	236,4	282,2	362,8	275,4	295,8	307,2	319,0	268,4	316,4
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 542	8 284	7 986	8 019	8 007	8 607	8 652	8 666	8 776
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	896	978	916	996	925	990	1 042	1 044	999
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	21,6	25,3	22,5	24,8	25,2	25,4	26,3	28,3	28,9
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	64,0	75,2	59,3	67,9	67,2	78,1	74,8	78,8	100,5
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 185	p 2 263	2 631	2 366	1 688
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	944	p 973	945	915	861
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,2	104,8	.	.	103,9	106,3	.	.	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	159,2	185,4	.	.	177,8	176,5	.	.	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1991 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991			
				Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	440	509	500	689	630	500	494	518	598
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	373	414	418	548	534	397	389	422	448
2 Wohnungen	Anzahl	40	53	53	84	52	62	63	54	97
Rauminhalt	1 000 m³	353	482	446	682	544	431	478	549	564
Wohnfläche	1 000 m²	63	87	81	123	98	78	84	97	105
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	113	123	102	163	162	130	94	117	122
Rauminhalt	1 000 m³	557	602	657	781	417	510	479	529	525
Nutzfläche	1 000 m²	90	97	102	131	74	83	78	101	83
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	730	1 148	1 031	1 542	1 181	1 009	1 166	1 298	1 577
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 046,3	997,1	947,5	1 132,9	902,8	947,2	851,1
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	184,9	145,4	134,3	182,7	119,9	149,4	155,6
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	861,4	851,7	813,2	950,2	782,8	797,8	695,4
davon Rohstoffe	Mill. DM	16,2	14,7	14,7	14,3	14,4	16,0	14,1
Halbwaren	Mill. DM	64,6	62,0	59,0	63,8	55,0	58,7	41,6
Fertigwaren	Mill. DM	780,6	775,0	739,5	872,1	713,5	723,1	639,7
davon Vorerzeugnisse	Mill. DM	125,7	122,1	116,8	127,6	118,2	123,6	108,2
Enderzeugnisse	Mill. DM	654,9	652,9	622,7	744,5	595,2	599,6	531,5
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	514,1	509,2	473,0	589,3	498,5	505,4	483,5
darunter Niederlande	Mill. DM	104,7	102,2	99,0	109,0	98,8	111,4	102,5
Frankreich	Mill. DM	93,4	90,2	80,7	91,7	81,2	76,1	70,5
Dänemark	Mill. DM	74,5	77,6	67,3	90,0	68,7	75,8	85,4
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,5	75,7	75,5	85,2	79,5	74,0	63,3
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	116,2	130,9	125,7	129,7	126,0	142,1	1136,4	142,6	...
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	111,3	117,6	116,5	131,6	142,9	105,3	118,6	148,8	...
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
Ankünfte	1 000	287	317	315	410	465	268	307
darunter von Auslandsgästen	1 000	37	40	37	40	53	38	41
Übernachtungen	1 000	1 471	1 616	1 436	2 022	2 607	1 124	1 364
darunter von Auslandsgästen	1 000	72	73	71	73	95	75	86
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 490	...	1 686	1 675	1 593
Güterversand	1 000 t	920	...	1 027	1 015	825
BINNENSCHIFFFAHRT										
Güterempfang	1 000 t	136	138	132	134	152
Güterversand	1 000 t	158	165	155	184	161
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾										
darunter Krafträder	Anzahl	9 987	11 254	12 000	12 132	11 552	16 305	16 203
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	258	294	641	529	362	1 060	793
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	8 970	10 060	11 678	10 626	10 134	13 996	14 149
467	Anzahl	467	570	524	562	593	734	827
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 399	1 441	1 343	1 700	1 700	1 121	1 355	p 1 482	p 1 560
Getötete Personen	Anzahl	29	30	36	26	16	35	25	p 22	p 37
Verletzte Personen	Anzahl	1 802	1 881	1 749	2 182	2 215	1 466	1 784	p 1 918	p 2 087

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1989	1990	1990			1991			
			Monats- durchschnitt ¹⁾	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	80 020	83 070	80 935	80 952	81 284	84 394	85 345	86 179	86 907
darunter										
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	78 780	81 367	79 516	79 527	79 827	82 826	83 757	84 587	85 322
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 784	10 565	10 300	10 326	10 693	10 925	11 194	11 237	11 610
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 336	10 451	9 917	9 924	10 422	10 783	10 831	10 932	11 303
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	448	114	383	402	271	142	363	305	307
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 157	4 564	4 237	4 251	4 298	4 589	4 872	4 944	4 995
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 636	3 810	3 683	3 665	3 662	3 815	3 918	3 956	4 017
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	521	754	554	586	636	774	953	988	978
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	64 839	66 238	64 979	64 951	64 836	67 312	67 691	68 407	68 718
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 165	49 552	48 441	48 603	48 619	49 953	50 095	50 413	50 494
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 674	16 686	16 538	16 348	16 217	17 359	17 596	17 994	18 224
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	60 676	64 837	60 548	60 737	60 612	61 356	61 849	62 237	62 454
Sichteinlagen und Termineinlagen	Mill. DM	40 596	45 311	41 331	41 671	41 608	42 126	42 727	43 092	43 341
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	32 511	36 871	33 298	33 528	33 705	36 890	37 326	37 693	37 921
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	8 086	8 440	8 034	8 143	7 903	5 247	5 401	5 398	5 421
Spareinlagen	Mill. DM	20 080	19 526	19 216	19 066	19 004	19 230	19 122	19 145	19 113
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	4 103	4 623	3 436
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	3 786	4 013	3 827
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	59	47	45	50	40	40	65	61	51
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	1	1	1	-	-	2	-	1
Wechselprotaste (ohne die bei der Post)	Anzahl	142	122	133	110	130
Wechselsumme	Mill. DM	1,0	1,1	0,7	0,9	2,2
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt		2.Vj.90	1.Vj.91			2.Vj.91	
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 099,1	3 012,8	-	-	2 576,8	3 222,6	-	-	3 209,2
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 178,7	2 105,4	-	-	1 769,2	2 101,4	-	-	2 243,1
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 574,5	1 549,3	-	-	1 358,7	1 556,9	-	-	1 635,3
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,4	376,4	-	-	229,6	288,3	-	-	341,4
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	71,6	55,1	-	-	75,8	79,6	-	-	67,4
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	183,3	124,5	-	-	105,2	176,6	-	-	199,1
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	920,3	907,5	-	-	807,5	1 121,2	-	-	966,1
Umsatzsteuer	Mill. DM	519,2	607,8	-	-	513,5	794,6	-	-	593,1
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	401,1	299,7	-	-	294,0	326,6	-	-	372,9
Bundessteuern	Mill. DM	142,6	55,4	-	-	47,1	72,2	-	-	40,3
Zölle	Mill. DM	- 0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	122,8	34,3	-	-	34,1	24,7	-	-	28,6
Landessteuern	Mill. DM	212,2	213,8	-	-	215,5	235,9	-	-	243,2
Vermögensteuer	Mill. DM	35,8	37,2	-	-	34,9	49,3	-	-	52,4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	92,1	90,4	-	-	95,2	95,6	-	-	88,8
Biersteuer	Mill. DM	6,9	7,9	-	-	7,7	8,1	-	-	10,9
Gemeindesteuern	Mill. DM	334,0	339,7	-	-	320,2	326,9	-	-	363,1
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,6	-	-	7,5	7,5	-	-	7,5
Grundsteuer B	Mill. DM	76,9	76,6	-	-	70,7	78,5	-	-	75,4
Gewerbsteuer	Mill. DM	238,0	241,4	-	-	225,9	227,4	-	-	263,3
nach Ertrag und Kapital (brutto)										
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 620,0	1 523,6	-	-	1 311,7	1 612,1	-	-	1 573,7
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	860,0	858,5	-	-	721,3	811,8	-	-	887,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	598,2	589,8	-	-	524,9	728,8	-	-	627,9
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	-	18,4	- 0,7	-	-	17,9
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 734,2	1 794,0	-	-	1 519,9	1 910,1	-	-	1 702,8
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	998,8	927,9	-	-	781,6	981,4	-	-	1 030,0
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	503,9	632,5	-	-	504,3	693,5	-	-	410,3
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	-	18,4	- 0,7	-	-	19,2
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	611,2	607,7	-	-	576,4	361,8	-	-	631,3
Gewerbsteuer	Mill. DM	199,4	201,7	-	-	189,1	228,8	-	-	226,2
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	315,8	313,4	-	-	293,1	33,5	-	-	305,3
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM									

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1989	1990	1990			1991				
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100										
Einfuhrpreise ⁶⁾	84,4	82,5	81,8	81,1	80,6	82,4	83,3	83,3
Ausfuhrpreise ⁶⁾	102,1	102,2	102,1	102,1	102,2	103,2	103,7	103,8
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	92,8	91,4	90,9	90,8	90,5	90,7	91,2	91,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾ landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	99,3 99,8	101,0 94,7	100,7 98,2	100,8 98,7	100,8 98,9	102,0 p 94,9	102,9 p 94,5	103,0
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	109,4	116,4	.	116,2	.	.	.	124,3	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	96,4	95,7	95,6	96,7	96,2	96,8	97,1
Einzelhandelspreise	102,3	104,4	104,0	104,2	104,1	105,8	106,3	106,7	107,0	107,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren Bekleidung, Schuhe	104,2	107,0	106,5	106,7	106,8	109,0	109,5	109,9	110,5	110,5
Wohnungsmieten	109,8	112,5	111,7	112,0	112,3	115,7	116,2	116,8	117,3	117,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	82,0	85,5	83,4	83,1	82,7	86,8	87,3	88,2	88,0	88,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	104,9	107,3	106,8	107,1	107,2	109,3	109,6	110,3	100,5	100,5
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	786	821	797	.	.	.	847	.	.	.
darunter Facharbeiter	827	860	834	.	.	.	885	.	.	.
weibliche Arbeiter	552	572	561	.	.	.	596	.	.	.
darunter Hilfsarbeiter	526	545	535	.	.	.	570	.	.	.
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	19,44	20,47	20,10	.	.	.	21,40	.	.	.
darunter Facharbeiter	20,49	21,57	21,15	.	.	.	22,51	.	.	.
weibliche Arbeiter	14,07	14,65	14,40	.	.	.	15,35	.	.	.
darunter Hilfsarbeiter	13,34	13,86	13,65	.	.	.	14,61	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,4	40,0	39,7	.	.	.	39,6	.	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,2	39,0	39,0	.	.	.	38,8	.	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 759	4 960	4 890	.	.	.	5 170	.	.	.
weiblich	3 285	3 433	3 371	.	.	.	3 587	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 849	5 066	4 964	.	.	.	5 253	.	.	.
weiblich	3 217	3 382	3 298	.	.	.	3 531	.	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 831	3 990	3 969	.	.	.	4 173	.	.	.
weiblich	2 634	2 754	2 745	.	.	.	2 926	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 772	3 753	3 773	.	.	.	4 159	.	.	.
weiblich	(2 653)	(2 700)	(2 627)	.	.	.	(2 751)	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 126	4 297	4 259	.	.	.	4 502	.	.	.
weiblich	2 823	2 953	2 930	.	.	.	3 136	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	4 779	4 972	4 884	.	.	.	5 188	.	.	.
weiblich	3 205	3 371	3 285	.	.	.	3 520	.	.	.

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1985 einschließlich Raiffeisenbanken 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 9. 1990			Bevölkerungsveränderung im September 1990			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1991 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	87 154	- 0,0	+ 1,1	19	- 58	- 39	33	-	39
KIEL	245 249	- 0,1	+ 1,3	- 13	- 295	- 308	161	1	207
LÜBECK	215 078	+ 0,0	+ 1,6	- 46	53	7	120	1	149
NEUMÜNSTER	80 743	+ 0,0	+ 1,3	7	17	24	48	-	61
Dithmarschen	129 294	+ 0,2	+ 1,6	14	205	219	74	2	114
Hzgt. Lauenburg	159 413	+ 0,2	+ 2,6	- 12	274	262	118	2	175
Nordfriesland	152 624	+ 0,1	+ 1,4	- 4	115	111	99	4	134
Ostholstein	189 356	+ 0,1	+ 2,1	- 31	171	140	115	1	153
Pinneberg	268 479	+ 0,1	+ 1,6	9	326	335	146	1	175
Plön	120 824	+ 0,3	+ 3,5	- 7	365	358	60	1	71
Rendsburg-Eckernförde	247 033	+ 0,1	+ 1,4	40	290	330	170	6	237
Schleswig-Flensburg	180 301	+ 0,1	+ 1,5	45	118	163	87	5	112
Segeberg	220 316	+ 0,2	+ 1,8	32	358	390	152	9	215
Steinburg	128 599	+ 0,1	+ 1,9	12	110	122	62	1	83
Stormarn	198 559	+ 0,1	+ 1,5	- 32	293	261	115	3	162
Schleswig-Holstein	2 623 022	+ 0,1	+ 1,7	33	2 342	2 375	1 560	37	2 087

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1991		
	Betriebe am 30. 6. 1991	Beschäftigte am 30. 6. 1991	Umsatz ⁴⁾ im Juni 1991 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLensburg	69	9 228	250	40 386	36 141	415
KIEL	134	21 913	440	111 970	100 075	408
LÜBECK	142	21 705	617	97 682	87 369	406
NEUMÜNSTER	72	10 475	187	40 835	36 350	450
Dithmarschen	68	7 164	356	76 104	62 174	481
Hzgt. Lauenburg	105	9 059	150	93 299	81 054	508
Nordfriesland	56	3 372	131	91 752	75 261	493
Ostholstein	90	6 949	173	105 369	91 004	481
Pinneberg	194	21 564	572	150 660	131 701	491
Plön	45	3 082	58	68 257	58 099	481
Rendsburg-Eckernförde	129	10 547	243	144 599	122 134	494
Schleswig-Flensburg	81	5 718	147	107 712	88 205	489
Segeberg	191	20 269	517	143 029	123 167	559
Steinburg	83	9 736	244	74 974	62 253	484
Stormarn	175	20 316	473	120 502	106 305	535
Schleswig-Holstein	1 634	181 097	4 560	1 467 130	1 261 289	481

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1990 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 30. 9. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. 6. 1990			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 6. 1991	Kurzarbeiter- Monatsmitte Juni 1991	offene Stellen 30. 6. 1991	Schweine insgesamt am 3. 4. 1991	Rindvieh am 3. 12. 1990	
		YZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
Schleswig-Holstein	2 614,0	+ 2,3	+ 1,7	74,6	4,4	13,2	...	1 525	472
Hamburg	1 640,1	+ 3,0	+ 2,1	62,2	0,4	8,2	...	p 12	p 2
Niedersachsen	7 339,9	+ 2,5	+ 1,7	230,6	9,0	31,2	...	p 3 325	p 943
Bremen	678,8	+ 2,8	+ 2,1	30,8	1,0	4,3	...	p 16	p 4
Nordrhein-Westfalen	17 235,8	+ 3,1	+ 1,8	542,8	82,2	73,6	...	p 1 957	p 525
Hessen	5 714,8	+ 3,8	+ 2,2	118,5	5,3	28,5	...	p 717	p 229
Rheinland-Pfalz	3 731,5	+ 2,8	+ 1,8	79,9	4,6	19,5	...	p 548	p 184
Baden-Württemberg	9 724,2	+ 4,7	+ 2,4	146,4	18,6	88,4	...	p 1 594	p 574
Bayern	11 337,0	+ 4,0	+ 2,1	179,4	31,5	87,2	...	p 4 824	p 1 809
Saarland	1 070,0	+ 1,4	+ 1,4	36,4	3,2	4,1	...	p 67	p 22
Berlin (West)	2 146,3	+ 6,6	+ 2,8	90,9	2,5	5,5	X	X	X
Bundesgebiet	63 232,4	+ 3,5	+ 2,0	1 592,6	162,5	363,6	X	X	X

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾			Wohnungswesen im Februar 1991	
	Beschäftigte am 31. 3. 1991 in 1 000	Umsatz ²⁾ im März 1991		Beschäftigte am 28. 2. 1991			zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	Je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	je 10 000 Einwohner ⁴⁾	
								in %
Schleswig-Holstein	181	4 034	19,3	41	16	942	3,6	
Hamburg	136	6 190	12,6	22	13	p 232	1,4	
Niedersachsen	686	18 193	26,9	110	15	p 3 596	4,9	
Bremen	83	2 643	38,2	11	16	p 59	0,9	
Nordrhein-Westfalen	2 043	43 672	26,0	236	14	p 5 603	3,3	
Hessen	663	13 013	26,4	88	15	p 1 925	3,4	
Rheinland-Pfalz	393	9 050	34,8	60	16	p 1 906	5,1	
Baden-Württemberg	1 548	29 269	29,5	170	17	p 6 084	6,3	
Bayern	1 466	27 589	31,3	207	18	p 6 525	5,8	
Saarland	139	2 684	26,8	17	16	p 255	2,4	
Berlin (West)	177	4 960	10,3	36	17	p 931	4,3	
Bundesgebiet	7 514	163 198	27,0	997	16	p 28 059	4,4	

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 1. 1991			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im April 1991				Bestand an Spar- einlagen 8) am 28. 2. 1990 in DM je Einw. 9)	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte Je 100 Unfälle		im 4. Vierteljahr 1990		
		Anzahl	Je 1 000 Einwohner 4)						des Landes	des Bundes	der Gemeinden
								in DM je Einwohner ⁹⁾			
Schleswig-Holstein	1 467	1 251	483	1 355	25	1 784	134	7 636	771	739	357
Hamburg	753	678	413	858	3	1 112	130	10 372	1 189	5 651	509
Niedersachsen	4 178	3 570	486	3 533	100	4 678	135	9 133	769	723	351
Bremen	309	277	409	311	2	389	126	10 580	866	1 819	397
Nordrhein-Westfalen	9 102	8 111	471	6 742	123	8 608	130	9 847	890	1 673	422
Hessen	3 402	2 959	518	2 406	57	3 185	135	11 537	913	1 199	445
Rheinland-Pfalz	2 246	1 900	509	1 582	44	2 113	136	10 729	769	813	294
Baden-Württemberg	5 795	4 916	506	3 840	72	5 031	133	11 991	965	1 153	416
Bayern	6 947	5 683	501	4 918	137	6 796	141	12 226	879	1 013	399
Saarland	609	541	506	437	8	583	135	9 787	765	823	278
Berlin (West)	857	747	348	1 030	9	1 259	123	9 119	656	3 064	181
Bundesgebiet	35 769	30 695	485	27 259	589	35 848	134	10 627	873	1 369	392

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Endgültige Werte 4) Bevölkerungsstand am 30. 6. 1990

5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

